

Kriegsbeginn
vor 80 Jahren S.10/11



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 35 – 30. August 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Konsequenz oder Verstoß?

USA testen nach Ablauf des INF-Vertrages neue Mittelstreckenrakete **2**

Deutschland

Staatsversagen bei Justiz

Überlastete Gerichte kapitulieren vor der Vielzahl an Strafverfahren **3**

Hintergrund

Karten werden neu gemischt

Umbruch bei Parteien führt zu neuen Bündnissen **4**

Preußen / Berlin

Gespaltener Immobilienmarkt in Brandenburg

Günstig ist das Wohnen auf dem Land, teuer in der Stadt **5**

Ausland

Kaschmir-Konflikt droht zu eskalieren

Toten auf beiden Seiten **6**

Kultur

Barockes Disneyland

Dresdens Jahrhunderthochzeit vor 300 Jahren **9**

Geschichte

»Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen«

Der Zweite Weltkrieg **10**



Wer übertrumpft wen? Donald Trump und Emmanuel Macron in Biarritz

Bild: Imago images/Michael Trammer

Debatten hinter G7-Kulissen

Gemeinsamer Nenner schwer zu finden – Uneinigkeit beim Thema Russland

Nach außen gaben sich die G7-Teilnehmer geschlossen, doch hinter den Kulissen des Gipfels, der am vergangenen Wochenende in Biarritz stattfand, hat es ordentlich geknirscht.

Zwischen Gastgeber Emmanuel Macron und Donald Trump hatte es im Vorfeld Streit wegen der Digitalsteuer gegeben. Trump kündigte an, französischen Wein mit Zöllen zu belegen. Macrons Vorstoß, auf den Iran zuzugehen und begrenzte Öllieferungen gegen Zusagen beim iranischen Atomprogramm anzubieten, lehnte Trump zunächst ab, stimmte aber dem Besuch des G7-Gipfels von Außenminister Mohammed Dschawad Sarif zu.

Zum Abschluss hieß es, man wolle sich für einen offenen und fairen Welthandel einsetzen, die Welthandelsorganisation WTO ändern und sich bis zum nächsten

Gipfel 2020 um eine internationale Besteuerung im Rahmen der OECD bemühen. Beim Thema Iran habe es eine Annäherung gegeben, für Brasilien wurde eine Soforthilfe zur Bekämpfung der Waldbrände im Amazonasgebiet in Höhe von 20 Millionen US-Dollar beschlossen.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand US-Präsident Donald Trump. Er überraschte mit ungewohnt zugewandtem und gut gelauntem Verhalten. Bei all der demonstrierten Zugänglichkeit sollte den Teilnehmern des G7-Gipfels klar sein, dass Trump stets seine eigenen Ziele verfolgt. Ihn interessieren Themen wie die Unruhen in Hongkong, Druckausübung auf Venezuelas Präsidenten Nicolas Maduro, die Abkehr der EU von russischem Gas sowie die

Ausgabenerhöhung der europäischen Mitglieder für die NATO.

Macron lobte seine eigenen Bemühungen um Verhandlungen mit dem Iran. Tatsächlich sieht es so aus, dass ein Treffen Trumps mit dem iranischen Präsidenten Hassan Rohani zustande kommen könnte.

Beim Thema Rückkehr Russlands zur G8 bleiben die Fronten verhärtet. Laut „Guardian“ soll es

beim Abendessen während des G7-Gipfels zu heftigen Diskussionen gekommen sein, als Trump den Vorschlag unterbreitete, Russland zurückzuholen, da es von vielen Themen des Gipfels betroffen sei. Neben den üblichen Russland-Gegnern verwarf auch Kanada Trumps Vorstoß. Da Russland wegen des Ukraine Konflikts 2014 ausgeschlossen wurde, müsse Wladimir Putin

erst für ein Ende des Ukraine Konflikts sorgen und die „Annexion“ der Krim rückgängig machen, so die Forderung.

Trump kümmert das wenig. Er will Putin für den G7-Gipfel 2020 einladen, wenn er selbst Gastgeber ist. Frankreich und Deutschland wollen sich gemeinsam mit Russland und der Ukraine um die Umsetzung des Minsker Abkommens bemühen. Inwieweit der Konflikt das Format G7 beeinflussen kann, ist unklar. Die „Nesawissimaja Gazeta“ zitierte Macron, der selbst der Auffassung sei, dass die Situation bei G7 kompliziert sei und große Anstrengungen nötig seien, damit das Format nicht auseinanderbräche. In diesem Sinne ist auch die Aussage von EU-Ratspräsident Donald Tusk zu verstehen, es sei immer schwieriger, einen gemeinsamen Nenner bei den Verhandlungen zu finden.

M. Rosenthal-Kappi

Trump verfolgt eigene Ziele

JAN HEITMANN:

Ohne Anspruch

Damals, 1975, war sie die richtige Antwort auf Herausforderungen wie den Zusammenbruch des Wechselkurssystems und die Ölkrise: die Etablierung eines informellen Zusammenschlusses der bedeutendsten Industrienationen des Westens. Ohne formelle Zwänge sollten sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer regelmäßig treffen, um im kleinen Kreis in entspannter Atmosphäre über Finanz- und Wirtschaftsfragen zu beraten. Bald beherrschten auch andere Themen die Treffen. Stets waren die Teilnehmer von dem Bestreben geleitet, Konsens zu finden und dann geschlossen zu handeln.

Doch das ist Geschichte. Bei ihrer Gründung lenkten noch Staatsmänner wie Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing die Geschichte der G7-Staaten. An ihre Stelle sind längst Karikaturen getreten, denen es mehr um die Pflege ihrer Eitelkeit und nationaler Egoismen als um eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft geht. Haben sie beim letzten Mal wenigstens noch mit Hängen und Würgen eine gemeinsame Abschlusserklärung zustande gebracht, waren sie jetzt nicht einmal mehr dazu willens. Die Gipfel sind keine Treffen von Gleichgesinnten mehr, sondern Pflichtveranstaltungen von Leuten, die sich eigentlich nichts mehr zu sagen haben.

Schon immer mussten sich die G7-Staaten vorhalten lassen, ein exklusiver Klügel zu sein, welcher die Realität der Staatenwelt nicht abbildete. Mittlerweile repräsentieren sie nicht einmal mehr die größten Volkswirtschaften, denn mehrere Schwellenländer haben den schwächeren G7-Ländern längst den Rang abgelaufen.

Die G7-Staaten haben ihren Führungsanspruch über die Welt verwirkt. Sie sollten einem Forum weichen, das die tatsächlichen Verhältnisse in der Welt abbildet.

»Geflüchtete« machen in ihren »Verfolgerstaaten« Urlaub

Die Politik weiß um den systematischen Missbrauch des Asylrechts in Deutschland, aber sie tut nichts Wirkungsvolles dagegen

Viele „Flüchtlinge“, die illegal nach Westeuropa gelangten und dennoch als Schutzsuchende anerkannt wurden, machen – wiederum illegal – nach ihrer Anerkennung häufig Urlaub in den Ländern, in denen sie angeblich verfolgt werden. Diese Praxis, die das Asylrecht regelrecht verhöhnt, wird dadurch erleichtert, dass heutzutage fast neun Zehntel der „Schutzsuchenden“ bei ihrer Einreise zwar fast immer moderne oder modernste Mobiltelefone dabei haben, aber angeben, ihre Papiere verloren zu haben. Diesen werden von den hiesigen Behörden dann schnell Ersatzpapiere ausgestellt, und zwar nach den Angaben, die von den „Flüchtlingen“ münd-

lich gemacht werden. Niemand kann die Richtigkeit dieser persönlichen Daten überprüfen. Dem Betrug ist so Tür und Tor geöffnet.

Die „Bild“-Zeitung hat mit Hilfe eines Undercover-Journalisten, der selbst aus Syrien stammt, die Praktiken in diesem Bereich und damit ein umfangreiches Betrugssystem aufgedeckt. Eine ganze Tourismusbranche soll sich hierzulande bereits auf diese neue Kundschaft von 720.000 nach Deutschland geflüchteten Syrern und 500.000 Asylsuchern aus dem Irak, die viel Urlaub haben, da kaum in offizieller Beschäftigung, eingestellt haben. Anerkannte Asylsucher erhalten, wenn sie ihren eigenen Pass verloren haben beziehungsweise dieses

vorgeben, deutsche Aufenthaltspapiere, mit denen sie in alle Länder reisen dürfen, nur nicht in ihr Heimatland, von dem sie angeblich verfolgt wurden. Dies wissen die Spezialreisebüros, die oft von Syrern oder Irakern betrieben werden. Deshalb vermitteln sie beispielsweise an Syrer Reisen in die Nachbarländer Syriens, von wo die Asylsucher per Bus oder Taxi weiter befördert werden nach Syrien, ohne Stempel im Pass natürlich.

Sollte dennoch ein Stempel im Pass sein, reisen sie über die Nachbarländer Deutschlands wieder zurück und erklären an der deutschen Grenze, ihren Pass zum Beispiel in Frankreich verloren zu haben. So bleiben das wahre Ziel

der Reise verdeckt und die Reise legal.

Es liegt auf der Hand, dass viele der „Geflüchteten“, die in ihrer Heimat urlauben, niemals politisch Verfolgte waren. Viele dieser Heimaturlauber sind Anhänger der syrischen Assad-Regierung, also der Regierung, vor der sie angeblich geflohen sind. In sozialen Medien berichten etliche Syrer von ihren Heimatreisen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) weiß seit Langem von diesen Heimaturlauben. Dennoch werden keine Zahlen veröffentlicht. Die offizielle Vorschrift lautet: Wird eine solche Heimatreise bekannt, droht – allerdings fast immer nur theoretisch – ein Widerruf des Asylstatus.

Das hat auch Innenminister Horst Seehofer in einem Interview der „Bild am Sonntag“ betont. „Aberkennungs-Verfahren“ erfordern einen extrem großen Zeit- und Arbeitsaufwand, um sie gerichtsfest zu machen. Gegen eine Aberkennung ihres Asylstatus können „Heimaturlauber“ immer noch vor Gericht klagen. Endlose Gerichtsverfahren, vom Staat bezahlt durch „Prozesskostenhilfe“, sind die Folge. Sollte das Bamf tatsächlich bei den Verwaltungsgerichten obsiegen, ist eine Abschiebung trotzdem immer noch sehr unwahrscheinlich, der Abzuschiebende hat ja zumeist keine Papiere oder könnte ein ärztliches Abschiebeverhinderungsattest vorlegen. Dann

bleibt der „Schutzsuchende“, der als Betrüger entlarvt wurde, im Lande, und zwar mit allen Sozialleistungen, die nicht aberkannt werden können.

Heimaturlaube machen jedoch nicht nur Syrer und Iraker, zwei Länder aus denen fast alle Schutzsuchenden ein Bleiberecht erhielten. Auch „Geflüchtete“ beispielsweise aus Eritrea verbringen ebenfalls häufig ihren Urlaub „zu Hause“, wo es so schön ist. Der neue Friedensvertrag mit dem Nachbarland Äthiopien hat auch die Grenze wieder geöffnet, wo ganze Busladungen von Deutschlandrückkehrern im Urlaub die Grenze in beiden Richtungen passieren. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Eine Kreditkarte pro Woche

Berlin – Eine Analyse des Beratungsunternehmens Dalberg und der University of Newcastle, Australien, für den WWF hat ergeben, dass jeder Menschen im globalen Durchschnitt wöchentlich bis zu fünf Gramm Plastik aufnimmt. Das entspricht dem Gewicht einer Kreditkarte. Mikroplastik gibt es in den Meeren, dem Trinkwasser und der Luft. Beim Mikroplastik, also Plastikteilen mit einem Durchmesser bis zu fünf Millimeter, wird in primäres – für die gezielte Nutzung zum Beispiel in Peelings produzierte Kunststoffpartikel – und sekundäres – entsteht durch den Zerfall von größeren Plastikteilen – unterschieden. Wie sich das Plastik im menschlichen Organismus auswirkt, ist noch nicht ausreichend erforscht. Weltweit werden jährlich weit über 300 Millionen Tonnen Plastik hergestellt

CRS

Muttersprache stärken

Berlin – Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, erörterte mit dem Vorsitzenden des Verbandes der sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VDG), Bernard Gaida, sowie dem Vorsitzenden der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Opolner Schlesien und ersten Vorsitzenden des Sejmik der Woiwodschaft Opoln, Rafał Bartek, konstruktive Lösungsansätze, wie nachteilige Änderungen im polnischen Bildungssystem in ihren Auswirkungen für die Stärkung der Minderheitensprache abgemildert werden können. Die Deutsche Minderheit hat durch mehrere Jahrzehnte andauernde Einschränkungen der Nutzung der eigenen Muttersprache eine Schädigung erfahren, die bis heute fortwirkt. Im Sinne der Charta des Europarates zum Schutz von Regional- und Minderheitensprachen soll hier eine Verbesserung herbeigeführt werden.

PAZ

Mitte August, 16 Tage nach dem Ablauf des INF-Vertrages, in dem Russland und die USA auf bodengestützte Raketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 ver-zichtet hatten, testeten die USA auf der Kalifornien vorgelagerten Insel San Nicolas einen neuen Marschflugkörper. Dieser traf nach Angaben des Pentagon nach 500 Kilometern präzise sein Ziel. Der Vorgang sowie sein gesamter Kontext werfen Fragen auf.

Die erste Frage ist, wie die US-Armee zu einer derartigen Waffe gekommen ist. Anfang Februar kündigten die USA den Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag), in der Zeit bis August war es unmöglich, eine Modernisierung und Produktion der alten Tomahawk durchzuführen. Die US-Waffenschmieden haben im Allgemeinen eher mit erheblichen Verzögerungen zu tun, wie das Beispiel der Lockheed Martin F-35 „Lightning II“ zeigt oder auch das der Zerstörer der „Zumwalt“-Klasse.

Es ist also ganz offensichtlich, dass die USA schon lange vor dem Ende der Gültigkeitsdauer des INF-Vertrags rechtswidrig an einer neuen Mittelstreckenrakete gearbeitet haben. Nach außen hin wird das jedoch völlig anders dargestellt: Washington hatte für das Ende des Vertrages erst die Entwicklung des neuen Marschflugkörpers angekündigt, welcher zu dieser Zeit ganz offenkundig schon einsatzbereit gewesen ist.

Russlands Außenminister Sergej Lawrow benennt das Augenscheinliche: „Die Erprobungen der neuartigen US-Rakete waren lange vor dem 2. August dieses Jahres geplant gewesen, als der Vertrag über das Verbot von Kurz- und Mittelstreckenwaffen erlosch.“ Und mit Blick auf den Besuch des amerikanischen Präsidentenberaters John R. Bolton in Moskau im Laufe des Oktober des vergangenen Jahres fügte er hinzu: „Möglicherweise hatten die USA bereits damals, wenn nicht früher, Rakentests vorbereitet, die jetzt durchgeführt wurden und gegen Parameter des einstigen INF-Vertrages verstoßen.“

Russlands Verteidigungsminister Sergej Schojgu nennt ein weiteres Indiz für den Bruch des Vertrages durch die USA. Er weist auf den US-Haushalt hin: „Faktisch vor acht Monaten, fast ein Jahr vor dieser Entscheidung, (neue Raketen zu entwickeln d. R.) waren im US-Haushalt genehmigte und bereitgestellte Mittel für die Entwicklung solcher Raketen vorgesehen.“

Doch mit bekannter Geläufigkeit schieben die USA die Schuld am Bruch und dem folgenden Ende des INF-Vertrages Russland zu.

sondern die Haltung der Bundesregierung und der NATO.“ Allerdings entwertet er selbst seinen Treueschwur durch die unsinnige Behauptung, der Vertrag habe die Entwicklung der einschlägigen Waffen erlaubt.

Was die Vorwürfe gegen Russland angeht, man habe seinerseits eine Mittelstreckenrakete gebaut, so sind diese äußerst fadenscheinig. Denn seit sie von Seiten der NATO erhoben wurden, hat Russland den USA angeboten, die infrage stehende Waffe zu kontrollieren.

Flugkörper des Typs Mk 41 Vertical Launching System eine neue Bedeutung, welche die USA bereits im Jahr 2016 in Polen und Rumänien eingerichtet haben. Damals musste die Begründung erhalten, man müsse Europa vor einem Angriff aus dem Iran schützen. Doch diese Batterien verschießen nicht nur Abwehraketen, sondern können mit ein paar Handgriffen als Abschussbasis für Mittelstreckenraketen dienen. Der Hersteller Lockheed Martin verkündet auf seiner Internet-Seite:

Kaum war der INF-Vertrag ausge-laufen, kündigte der US-Verteidigungsminister Mark Esper an, die neuen landgestützten Raketen vor allem in Asien aufzustellen. „China ist die Priorität Nummer eins für unser Ministerium. Ich denke, dass China langfristig angesichts seiner wirtschaftlichen Stärke, seines politischen Gewichts und seines Ehrgeizes eine größere Herausforderung darstellt als Russland.“

Trotzdem bringt Esper die Sprache auf einen neuen START-Vertrag mit Russland, der wie der bis-



Auf San Nicolas Island in Kalifornien am 18. dieses Monats um 14.30 Uhr Ortszeit: Ein neuentwickelter Marschflugkörper startet zu einem laut dem US-Verteidigungsministerium erfolgreichen 500 Kilometer langen Testflug

Bild: pa

Moskau, so der Vorwurf, habe als erstes mit dem Bau einer Mittelstreckenrakete begonnen und so den INF-Vertrag gebrochen und damit obsolet gemacht. Die USA hätten nur die Konsequenzen gezogen. Auch Deutschlands Außenminister Heiko Maas gibt bei einem Treffen mit seinem russischen Kollegen Lawrow artig Assistenz. Gefragt, ob er dabei bleibe, dass allein Russland das Ende des INF-Vertrages herbeigeführt habe, sagte er: „Ja, ich bleibe bei meiner Behauptung. Es ist auch keine Behauptung.“

Das Angebot wurde von Washington regelmäßig ausgeschlagen. Es sieht so aus, als wollte man verhindern, dass die Untersuchung ein für die US-Propaganda ungeeignetes Ergebnis erbringen könnte. Der russische Verteidigungsminister Schojgu brachte es auf einen kurzen Nenner: „Wir hätten die Rakete gezeigt, an der man in den USA Zweifel hatte. Die Amerikaner kamen aber nicht.“

Im Zuge dieser Entwicklung bekommen die US-amerikanischen Senkrechtstartanlagen für

„Das System ist so ausgelegt, dass in jede Zelle unterschiedliche Raketen passen, eine Fähigkeit beispielsweise Flexibilität.“

Die iranische Bedrohung ist längst vergessen, die MK 41 sind noch da und bedrohen unmittelbar Russland. Auch aus diesem Grund sagte Russlands Präsident Wladimir Putin, wo die USA Kurz- und Mittelstreckenraketen installierten, würde Russland die geeigneten Gegenmaßnahmen treffen.

In den USA aber scheint man vorerst andere Ziele zu haben.

herige die strategischen Waffen betreffen soll: „Wenn man von einem neuen Vertrag zur Reduzierung strategischer Waffen spricht, sagen wir: Wenn es eine Verlängerung des START-Vertrages geben wird, müssen wir sicherstellen, dass alle von Russland angestrebten neuen Waffen einbezogen werden.“ So etwas wäre für Moskau eine bedingungslose Kapitulation. Damit verhindert Esper eher einen neuen Vertrag, als dass er ihn herbeiführt. Das wird ihm auch selber klar sein. Florian Stumfall

»112 Prozent« – Die Feuerwehr wirbt um Nachwuchs

Kommunale Personalengpässe – Das Bewusstsein für die Problematik muss gestärkt werden

Freiwillige Feuerwehren machen in der Bundesrepublik den größten Anteil an Feuerwehr-Einsatzkräften aus. 2016 gab es 22853 Freiwillige Feuerwehren im Deutschland und nur 105 Berufsfeuerwehren; Werkfeuerwehren, also Feuerwehrkräfte, die für die Industrie oder eine Firma zuständig sind, gab es 752. Die Mitgliederzahlen nehmen jedoch ab.

„Generell ist es so, dass die Feuerwehren aktuell an den Altersgrenzen oben die Mitglieder der geburtenstarken Jahrgänge verlieren. Der Nachwuchs, vornehmlich aus der Jugendfeuerwehr, ist jedoch im Vergleich zu früher wesentlich höherem Druck ausgesetzt – sozialer und demografischer Wandel, Flexibilität in Beruf und Beziehung, Wohnortwechsel, kurzfristiges Engagement, Turbo-Abitur, verkürzte Studienzeiten, Ganztagschule – all dies spielt hier eine Rolle“, äußerte die Presseferentin des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), Silvia Darmstädter.

Die Ausbildungskampagne der Berufsfeuerwehr in Hamburg ist im März 2019 gestartet. Pro Jahr werden 100 Ausbildungsplätze

besetzt und konnten für dieses Jahr auch besetzt werden. Für 2020 werden wieder Azubis gesucht. Jenny Schütt aus dem Personalauswahlzentrum der Feuerwehr Hamburg blickt der Zukunft gelassen entgegen. „Bislang konnten wir alle unsere freien Stellen besetzen. Ein Erfolg der Nachwuchskampagne kann jedoch erst ab Oktober messbar sein, da sich erfahrungsgemäß die meisten Anwärter zum Fristende bewerben.“ Dieses ist der 30. September 2019. Erst dann könne evaluiert werden, ob die Kampagne mehr und auch höherqualifizierte Bewerber akquirieren konnte, so Schütt.

„Feuerwehr wird unterschätzt“, äußerte der Vizepräsident des DFV, Frank Hachemer. „Jeder ist ein potenzieller Kunde der Feuerwehr, sie ist vor Ort und in den Freiwilligen Feuerwehren sind „Überzeugungstäter.“

Vielorts werden die Wehren sinkender Mitgliederzahlen erst dann bewusst, wenn es zu spät ist. Da helfe nur Klinkenputzen, so Hachemer. Teure Plakatkampagnen können nicht mehr als ein Grundrauschen sein, die direkte Ansprache sei das Mittel der Wahl. „Menschen wie Du und ich



Nachwuchssuche in moderner Sprache: Werbekampagne „Feuer im Herzen“ der Feuerwehr Hamburg

Bild: Feuerwehr Hamburg

sind in der Feuerwehr. Noch sind die Feuerwehren anfassbar und flächendeckend präsent“, sagte Hachemer weiter. „Wenn gar nichts mehr hilft, hilft manchmal die Information, dass fast jede Person ab 18 Jahren von der Gemeinde verpflichtet werden kann, seinen Dienst bei der Feuerwehr zu leisten. Nur leider haben diese Pflichtfeuerwehren eine ganz andere Qualität als die Freiwilligen

Feuerwehren.“ Die Grundlage hierfür bilden die Landesfeuerwehrgesetze.

Die Aufgaben der Feuerwehren sind vielfältig. Natürlich gehört das Löschen von Bränden und Explosionen dazu, aber auch technische Hilfeleistungen, die Beseitigung von Wespen- und Hornissenestern bei Gefahr, sie helfen Tieren und transportieren als Rettungsdienst Kranke. Doch vor allem

werden sie aktiv bei der Notfallrettung. Und bei den Freiwilligen Feuerwehren geschieht das alles neben dem eigentlichen Beruf.

Eine Idee des DFV ist es, Asylbewerber für die Feuerwehr zu gewinnen. Frank Feistel, stellvertretender Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr in Osnabrück, gibt zu bedenken, dass diese Idee kaum umsetzbar ist, da allein die Sprachbarriere eine Ausbildung unmöglich mache, die zudem zwei Jahre dauere. In zwei Jahren könne der Bewerber andernorts sein. Die Hauptnachwuchsquelle sei und bleibe die Jugendfeuerwehr, so Feistel. Jedoch beklagt er die mangelnde Fitness der Anwärter. Regelmäßig müssen Leistungsnachweise erbracht werden. Grade im Bereich Atemschutz fallen deutlich mehr Jugendliche durch die Untersuchung. Freiwillige Feuerwehr sei ein Hobby, so Feistel, das sehr viel Zeit binde. Eine leistungsfähige Feuerwehr trainiert im niedersächsischen Osnabrück zwei bis drei Stunden pro Woche, dazu gibt es Wochenendseminare und eine dreiwöchige Teilnahme an einer Feuerweherschule.

Ein weiteres Problem, so der stellvertretende Ortsbrandmeister

Feistel, stelle die Besetzung der Führungspositionen dar. Zum einen steige der Verwaltungsaufwand und koste entsprechend viel Zeit, zum anderen wachse die Verantwortung. Die Unternehmerische Verantwortung trägt der Ortsbrandmeister, dessen Amtszeit sechs Jahre beträgt.

Auf die Frage, weshalb er trotz seiner zeitaufwendigen Selbstständigkeit immer noch Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr sei, antwortete Feistel: „Es ist ein sehr interessantes und durchaus abwechslungsreiches Hobby.“

„Eine Aufwandsentschädigung gibt es für das Gros der Freiwilligen Feuerwehrleute nicht“, so Hachemer, auch wenn einige Bundesländer eine geringe Aufwandsentschädigung an das Führungspersonal zahle. Die neueste Idee des Geschäftsführers des Deutschen Kulturrats, Olaf Zimmermann, ist es, Ehrenamtliche die freie Nutzung von Öffentlichen Personenbeförderungsmitteln zu ermöglichen. Ob diese Anerkennung umgesetzt wird, bleibt offen, und auch, ob diese Aktion den Freiwilligen Feuerwehren mehr Zulauf verschafft.

Christiane Rinser-Schrut

Den Kriminellen wird es freuen

Staatsversagen bei der Justiz – Überlastete Gerichte kapitulieren vor der Vielzahl an Strafverfahren

Die Überlastung der Justiz hat in Deutschland beängstigende Ausmaße angenommen. Immer öfter werden von den Staatsanwaltschaften Verfahren eingestellt oder müssen Tatverdächtige wegen zu langer Verfahrensdauer wieder aus der Untersuchungshaft entlassen werden.

Besonders deutlich wird das Problem der Justizüberlastung im Land Brandenburg. Dort ist es innerhalb weniger Monate mehrmals zu Haftentlassungen gekommen, die für erhebliches Aufsehen gesorgt haben. Im Dezember vergangenen Jahres kam ein Mann frei, der erstinstanzlich wegen Mordes verurteilt worden war. Da sich das Revisionsverfahren hinzog, ordnete das Oberlandesgericht die Entlassung aus der Haft an.

Zu Anfang dieses Jahres ordnete das Oberlandesgericht Brandenburg auch bei einem mutmaßlichen Brandstifter die Entlassung aus der Untersuchungshaft an. Auch hierbei war eine zu lange Verfahrensdauer der Grund.

Aus der Untersuchungshaft wieder freigelassen wurden ebenso vier jugendliche Syrer, die laut den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft für einen Überfall auf einen Musikclub in Frankfurt an der Oder im August 2018 verantwortlich gewesen sein sollen.

Die Reihe der Justizpannen in Brandenburg hat sich inzwischen fortgesetzt. Im August dieses Jahres kam ein mutmaßlicher Drogenhändler wieder auf freien Fuß, der bereits im Januar festgenommen worden war. Im Auto des 63-jährigen polnischen Staatsbürgers waren bei einer Kontrolle 60 Kilogramm Heroin aufgefunden worden. Der Schwarzmarktwert wird auf mehrere Millionen Euro geschätzt.

Die Staatsanwaltschaft hatte in dem Fall nach fünf Monaten Anklage erhoben. Da der Prozess aber erst für den November terminiert ist, ordnete das Oberlandesgericht Brandenburg/Havel im August eine Entlassung aus der



Eine Flut von Akten: Auch Berliner Gerichte kommen kaum noch hinterher, sämtliche Fälle rechtzeitig aufzuarbeiten

Bild: Ullstein

Untersuchungshaft an. Als Regel gilt, dass es innerhalb von sechs Monaten nach einer Inhaftierung zu einem Prozess kommen soll. Ob der Tatverdächtige im November zum Prozessbeginn erscheinen wird, bleibt abzuwarten.

Auch wenn das Land Brandenburg durch mehrere spektakuläre Justizpannen innerhalb weniger Monate gleich mehrfach in die Schlagzeilen geraten ist, so sollte das nicht von der Tatsache ablenken, dass inzwischen ganz Deutschland vom Problem der Justizüberlastung betroffen ist.

Erst vor Kurzem wurde durch neue Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegt, dass im Jahr 2018 gut die Hälfte der Verfahren bei den Staatsanwaltschaften eingestellt wurde. Demnach endeten 56,8 Prozent der Ermittlungsverfahren bei den Staatsanwaltschaften ohne Anklage mit einer Einstellung des Verfahrens. Etwa je-

des dritte Verfahren wurde mangels Tatverdacht eingestellt. Bemerkenswert ist, dass knapp jedes vierte Verfahren ohne Auflage endete. Zum Teil werden diese Ermittlungen wegen „Geringfügigkeit“ eingestellt, zum Teil werden aber auch Delikte als „unwesentliche Nebentaten“ eingestuft.

Aus Sicht des Deutschen Richterbunds ist diese hohe Zahl der nach Ermessen eingestellten Strafverfahren ein Indiz für die starke Arbeitsbelastung der Staatsanwaltschaften. Sven Rebehn, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Richterbundes, sprach im Zusammenhang mit der hohen Zahl eingestellter Verfahren gegenüber der „Bild“-Zeitung davon, dass sich Staatsanwaltschaften zum „Nadelöhr“ entwickelt hätten. Stark betroffen von den Einstellungen sind Formen der Alltagskriminalität, etwa Ladendiebstähle.

Auch die Bundespolitik hat das Problem überlasteter Gerichte und Staatsanwaltschaften erkannt. Mit einem „Pakt für den Rechtsstaat“ stellt der Bund den Ländern inzwischen Geld zur Verfügung, damit diese in den kommenden Jahren 2000 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte schaffen können. Wie die Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2018 zeigen, kommt das Gegensteuern reichlich spät. Vermutlich ist der „Pakt für den Rechtsstaat“ zu klein konzipiert.

Auch im deutschen Justizsystem wird sich in den kommenden Jahren zunehmend die demografische Entwicklung bemerkbar machen. So werden etwa in Hessen bis zum Jahr 2030 etwa 40 Prozent aller Richter und Staatsanwälte in den Ruhestand gehen. Parallel zu dieser Entwicklung sind aufgrund der demografischen Entwicklung inzwischen

auch die Zahlen von Jurastudenten stark gesunken.

Bei der Suche nach fähigen Juristen wird sich der Staat daher auf einen scharfen Wettbewerb mit finanziell lukrativeren Kanzleien und auch Unternehmen einstellen müssen. Der hessische Richterbund warnte vor diesem Hintergrund, dass es dem Land zunehmend schwer fallen werde, gute Juristen anzustellen. Schon jetzt hat etwa das Land Sachsen-Anhalt Probleme, überhaupt noch freie Positionen im Justizbereich besetzen zu können.

Wie aus einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage hervorgegangen ist, waren in Sachsen-Anhalt zur Jahresmitte rund acht Prozent der im Haushaltsplan eingeplanten Stellen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften unbesetzt. Daran wird sich in absehbarer Zeit mit ziemlicher Sicherheit wenig ändern. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Hohenzollern sollen weichen

Berlin – Im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf soll nach dem Willen der Linkspartei der Hohenzollernplatz umbenannt werden. Später sei es auch erforderlich, den kilometerlangen Hohenzollerndamm umzubenennen. Die dazugehörigen Bushaltestellen sowie S- und U-Bahnstationen müssten dann folgen. Fraktionschef Niklas Schenker, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion Charlottenburg-Wilmersdorf: „Auch die Errichtung von Kolonien in Afrika, der erste Völkermord der Geschichte sowie der Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit Millionen Toten lasten auf den Schultern des Deutschen Reiches unter Herrschaft der Hohenzollern.“ Später ist dann noch etwas von „Nazi-Schergen“ zu lesen. Das Argumentationsmuster folgt Lügen und Halbwahrheiten, die aber laut Schenker unbestritten sein sollen. Die örtliche FDP widersprach. Felix Recke sprach von „gefährlicher Geschichtsklitterung“. *H.L.*

Wohnungsmarkt angespannt

Berlin – Die Wohnungsmarktsituation ist angespannt. Dies geht aus dem Wohngeld- und Mietenbericht 2018 der Bundesregierung hervor. In den Metropolen erhöhte sich die Miete um ungefähr sechs Prozent. 2017 betrug die durchschnittliche Nettokaltmiete dort 10,88 Euro pro Quadratmeter. In den weiteren kreisfreien Städten und den städtischen Kreisen lag das mittlere Niveau der Angebotsmieten gut drei Euro pro Quadratmeter darunter. In den ländlichen Kreisen kostet der Quadratmeter gut 6,50 Euro. Die regionalen Unterschiede sind erheblich. Während in München durchschnittlich 17,73 Euro pro Quadratmeter nettokalt gezahlt werden müssen, sind es im Vogtlandkreis nur 4,50 Euro. Im Bundesschnitt betrug die Bruttokaltmiete 7,36 Euro pro Quadratmeter. *J.H.*

»Blanker Populismus«

DUH fordert mehr Einflussnahme der Politik auf die Autobauer

Rund zwei Wochen vor der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) hat der Geschäftsführer der umstrittenen Deutschen Umwelthilfe (DUH), die mit Klagen Diesel-Fahrverbote in etlichen deutschen Städten durchgesetzt hat, den deutschen Autobauern eine verfehlte Modellpolitik vorgeworfen. „Es gibt derzeit nur wenige rein elektrische Fahrzeuge auf dem Markt. Die deutschen Hersteller haben im internationalen Vergleich einen großen Rückstand. Sie setzen stattdessen auf große und schwere Fahrzeuge mit viel Leistung“, sagte Jürgen Resch und nannte die angesprochenen Autos „Monster-SUV“. Er und sein Verein fordern, die Bundesregierung müsse die Rahmenbedingungen ändern und die Hersteller zu einer Radikalkur zwingen. „Was die Branche hier veranstaltet, ist ein industriepolitisches Desaster. Ich habe Zweifel, dass sich in der deutschen Autoindustrie trotz vieler Ankündigungen, E-Autos auf den Markt zu bringen, etwas ändert. Da müsse die Politik reagieren“, sagte Resch.

Dessen Verein legte auch einen Zwölf-Punkte-Plan zur Neugestaltung der Automobilindustrie vor. Dieser solle die deutschen Autobauer vor einem „Nokia-Schicksal“ bewahren. Die deutschen Hersteller rasen auf eine Betonmauer zu

und damit in die Bedeutungslosigkeit. So ist es Nokia auf dem Mobilfunkmarkt auch ergangen“, heißt es in einer Erklärung. „Was wir mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit als besonders fatal ansehen, ist, dass die deutsche Automobilindustrie ausgerechnet in der volumenstarken Mittelklasse keine Angebote hat“, erklärte Resch, „die ausländische Konkurrenz drücken die hiesigen Hersteller an die Wand und überholen sie.“

Deutschland solle sich an Norwegen ein Vorbild nehmen. Das skandinavische Land hat ein Verbot

Zwölf-Punkte-Plan zur Neugestaltung der Automobilindustrie

für die Neuzulassung von Autos mit Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2025 beschlossen. Andere EU-Länder haben ebenfalls Ausstiegsszenarien entworfen, diese sind aber langfristiger.

Resch sagte außerdem, es müsse zusätzliche Anreize geben, den Verkauf von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben noch mehr zu fördern. Er forderte in diesem Zusammenhang die Diesel-Subventionierung zu beenden und eine Kraft-

fahrzeugbesteuerung, die umweltfreundlichere Fahrzeuge günstiger stellt.

Die Vertreter der Automobilbranche reagierten empört auf den Vorstoß des Vereins. „Jedes zweite Elektroauto, das in den ersten sieben Monaten in Deutschland neu zugelassen wurde, trägt ein deutsches Konzernmarkenzeichen“, erklärte ein Sprecher des Verbands der Automobilindustrie und sprach mit Blick auf Resch von „blankem Populismus“. Bis zum Jahr 2023 würden die deutschen Hersteller ihr E-Angebot auf über 150 Modelle verüfflichen. Auf der IAA werde es zahlreiche neue Elektromodelle geben.

Unterstützung erhielten die deutschen Autobauer vom Automobilexperten und Verkehrswissenschaftler Ferdinand Dudenhöffer vom Center Automotive Research (CAR). Er widersprach den Behauptungen vehement. „Dass die deutsche Automobilindustrie die Elektromobilität vernachlässigen soll, ist falsch“, sagte Dudenhöffer gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“. Das Gegenteil sei der Fall. Elektromobilität sei die Zukunft. Und das wüssten die Konzerne auch. Seine Prognose lautet: „Die Deutsche Umwelthilfe wird mit diesen weltfremden Thesen scheitern.“ *Peter Entinger*

Scholz' Mogelpackung

Große Koalition will den Solidaritätszuschlag teilweise beibehalten

Die schwarz-rote Bundesregierung hat sich auf eine Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags ab dem Jahr 2021 geeinigt. Das von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) erarbeitete Gesetz sieht vor, den Solidaritätszuschlag ab dem Jahr 2021 für einen Großteil der bisherigen Zahler wegzulassen. Laut Berechnungen des Bundesfinanzministeriums wird mit der Neuregelung der Solidaritätszuschlag für neun Zehntel der Steuerzahler wegzulassen.

Ein Teil der Steuerzahler wird die Abgabe allerdings weiter zahlen müssen. Demnach fällt für eine Gruppe von 6,5 Prozent der heutigen Zahler mit höheren Einkommen der Solidaritätszuschlag im übernächsten Jahr nur teilweise weg. Ein Gruppe von 3,5 Prozent mit sehr hohen Einkommen soll den Solidaritätszuschlag weiterhin sogar in voller Höhe zahlen.

Die Pläne des SPD-Politikers Olaf Scholz zur Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags waren in der Großen Koalition bis zuletzt umstritten. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) etwa hatte ein Konzept vorgelegt, bei dem der Solidaritätszuschlag in mehreren Stufen bis 2026 komplett wegzulassen sollte.

Aus den Reihen der SPD wurden solche Pläne zur vollständigen Abschaffung mit der Forderung nach einer Steuererhöhung für Besserverdienende gekontert. „Wenn die Union den Solidaritätszuschlag ganz abschaffen will, muss das durch einen höheren Steuersatz für die Millionäre ausgeglichen werden“, so Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Der stellvertretende Geschäftsführer der Niederlassung Dresden

»Im Ergebnis eine Steuererhöhung für Spitzenverdiener«

des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung Joachim Ragnitz kritisierte die nun beschlossene nur partielle Abschaffung des Solidaritätszuschlags als eine Mogelpackung der Regierungsparteien. Der Wirtschaftswissenschaftler sagte gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk: „Im Ergebnis handelt es sich um eine Steuererhöhung für Spitzenverdiener, die in der Abschaffung des Soli versteckt wird, weil Politiker es ver-

meiden – gerade im Wahlkampf – das Wort ‚Steuererhöhung‘ in den Mund zu nehmen.“ Der Ökonom bezeichnete es als eine „juristisch saubere und politisch ehrliche Lösung“, wenn der Solidaritätszuschlag für alle abgeschafft und der Spitzensatz bei der Einkommenssteuer angehoben werden würde.

Diebeiden Oppositionsparteien FDP und AfD haben inzwischen schon angekündigt, gegen die Pläne des Bundesfinanzministers vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen. Nach Angaben des Bundes der Steuerzahler (BdSt) hat ein Ehepaar aus Bayern bereits beim Finanzgericht Nürnberg eine Klage gegen den Solidaritätszuschlag eingereicht.

Anlass für den vom Steuerzahlerbund unterstützten juristischen Schritt ist die Absicht der Bundesregierung, den Solidaritätszuschlag auch noch im Jahr 2020 von Bürgern und Betrieben zu erheben. BdSt-Präsident Reiner Holznapf sagte: „Die Politik hat den Soli immer mit den Finanzhilfen für die neuen Länder verknüpft. Diese laufen zum Jahresende aus, sodass die Begründung für die Ergänzungsabgabe entfällt – der Soli hat keine Legitimation mehr!“ *N.H.*

Von Luxus bis ganz billig

In Brandenburg werden Villen in Städten rar – Günstige Wohnungen auf dem Land im Überfluss



Bei Immobilienkäufern beliebt, aber dank der hohen Nachfrage immer knapper werdend: Seegrundstücke in Brandenburg

Bild: ddp images

Brandenburgs Markt für Immobilien ist tief gespalten. In den Berlin-fernen ländlichen Regionen sind die Mieten zum Teil so niedrig, dass sie sogar noch unter dem Preisniveau von Sozialwohnungen liegen. Auf der anderen Seite werden in der Landeshauptstadt zunehmend die Luxusimmobilien zu Preisen über eine Million Euro knapp.

In einem aktuellen Bericht zu Umsätzen bei Premium-Immobilien landete Potsdam in einem bundesweiten Vergleich erneut in der Gruppe der ersten Zehn. Vorgelegt hat die Aufstellung das bundesweit tätige Maklerhaus Poll Immobilien, das sich auf die Vermittlung besonders hochwertiger Villen und Eigentumswohnungen spezialisiert hat. Untersucht wurden für den Marktbericht Verkäufe mit einem Objektwert von mindestens einer Million Euro. Laut den Daten wurden im vergangenen Jahr in Potsdam im sogenannten Premiumsegment Umsätze von rund 83 Millionen Euro erzielt. Gegenüber dem Jahr 2017 war dies ein Plus von 16 Prozent.

Laut dem Marktbericht wurde der höchste Kaufpreis in Potsdam im vergangenen Jahr „für eine im Ortsteil Neu Fahrland liegende Villa inklusive Grundstück und Bootsteg“ erzielt. Das Objekt wechselte für fünf Millionen Euro den Eigentümer.

Gemessen an Metropolen wie München und Hamburg mit Milliardenumsätzen im Premiumbereich sind die Umsätze in Potsdam gering. Legt man die Einwohnerzahl als Maßstab an,

dann wurden in Potsdam pro Kopf aber immerhin 466 Euro im Premiumsegment umgesetzt. Bundesweit erlangte die Landeshauptstadt damit den sechsten Platz.

Mit Blick auf Potsdam rechnet das Maklerunternehmen auch weiterhin mit einer großen Nachfrage. Im Marktbericht heißt es: „Dieser hochpreisige Markt wird sich auch durch das starke Wachstum Berlins weiterhin einer hohen Nachfrage erfreuen.“ Steigende Preise sind noch aus einem Grund wahrscheinlich: In der ehemaligen Residenzstadt mit ihren zahlreichen historischen Villen wird das Angebot an Premium-Immobilien langsam knapp.

In Brandenburg wird allerdings nicht nur eine starke Nachfrage nach hochwertigen Luxusimmobilien sichtbar. Das Land ist auch in einem ungewöhnlichen Ausmaß von einer Entwicklung betroffen, die deutschlandweit zu beobachten ist. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage hervorgeht, waren zum Jahresende 2018 in ganz Deutschland 1,18 Millionen Sozialwohnungen vermietet. Dies waren fast 42 500 weniger als ein Jahr zuvor.

Ursache des massiven Rückgangs der Zahl von Sozialwohnungen ist das Auslaufen von Bindungsfristen. Üblicherweise fallen staatlich geför-

derte Wohnungen nach 30 Jahren aus der Sozialbindung heraus, sodass sie danach normal am Markt vermietet werden können. Mit Ausnahme der beiden Sonderfälle Bayern und Sachsen sind im vergangenen Jahr in allen Bundesländern mehr Sozialwohnungen aus der Bindung herausgefallen als neu gebaut wurden. Besonders drastisch ist die Mark Brandenburg betroffen: Hier ging im vergangenen Jahr der Bestand an Sozialwohnungen um mehr als 12 200 oder fast 30 Prozent

Bindungsfristen laufen aus – weniger Sozialwohnungen

zurück. Diese Entwicklung war vorhersehbar. Die Wohnungen, die jetzt zu Tausenden aus der Sozialbindung herausfallen, wurden in den Jahren nach der Wende über das Wohnraumförderungsprogramm gebaut. Später hat sich das Land allerdings aus der Neubauförderung für lange Zeit weitgehend zurückgezogen. Prognosen sagten für Brandenburg eine stark sinkende Bevölkerungszahl und damit weniger Bedarf an Wohnungen voraus.

Die tatsächliche Entwicklung verläuft allerdings anders. Jedes Jahr gewinnt Brandenburg Einwohner dazu. Nicht zuletzt wegen den stark gestiegenen Mieten in der Hauptstadt ziehen immer mehr Berliner in das brandenburgische Umland. Ablesbar ist dies an den vielerorts steigenden Grundstückspreisen im Berliner Speckgürtel, aber auch an den Daten der Bauwirtschaft in der Mark.

Wie das Statistikamt Berlin-Brandenburg vor Kurzem mitteilte, legten die Umsätze der Baubranche von Januar bis Juni 2019 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um knapp 16 Prozent auf rund 1,37 Milliarden zu. Im selben Zeitraum stiegen auch die Auftragseingänge in der Bauwirtschaft um mehr als 13 Prozent auf 1,33 Milliarden Euro.

Mit dem Bauboom in der Mark ist die Gefahr künftiger Spannungen am Wohnungsmarkt keineswegs gebannt. Gebaut wird vor allem im stark gefragten Berliner Umland, sehr viel weniger in den Städten in der Fläche Brandenburgs.

Kathrin Schneider (SPD), die in der bisherigen rot-roten Landesregierung als Bauministerin amtierte, setzte bislang darauf, öffentliche Fördermittel für den Bau von neuen miethausgebundenen Wohnungen auf den Speckgürtel zu konzentrieren. Kein Problem sah die Ministerin im Wegfall der Sozialbindung von Wohnungen in den ländlichen Regionen und Städten Brandenburgs. Hier sind nach Ansicht der SPD-Politikerin keine höheren Mieten am Markt erzielbar, sodass Bestandsmieten auf dem freien Wohnungsmarkt noch unter denen von Sozialwohnungen liegen.

Dies kann sich allerdings innerhalb weniger Jahre ändern. Erste Anzeichen sprechen dafür, dass mit steigenden Immobilienpreisen und Mieten im Berliner Umland eine erneute Ausweibewegung in die Fläche Brandenburgs einsetzt. *Norman Hanert*

Unsportliche Union-Fans

Von THEO MAASS

Seit dem Abstieg von Energie Cottbus 2009 gab es bis 2016 keine Vertreter des Ostens mehr in der Bundesliga. Das hatte vielfältige Gründe. Dann etablierte sich dort RB Leipzig. Der Verein, dessen Schicksal und Finanzen weitgehend vom Getränkehersteller Red Bull abhängig ist. Daher wird der Verein von verschiedenen „Fans“ angefeindet. Dabei entstand hier nicht nur ein neuer Ostverein in der Bundesliga, sondern auch noch ein potenter Konkurrent zum scheinbar allmächtigen FC Bayern-München.

2019 stieg nun mit dem Traditionsverein 1. FC Union Berlin ein weiterer Verein auf dem Gebiet der früheren DDR in die Bundesliga auf. Die sogenannte „Ultra Szene“ des Vereins wollte am ersten Spieltag der Bundesliga die Gastmannschaft von RB Leipzig für die kommerzielle Vereinspolitik „bestrafen“, indem sie in der ersten Viertelstunde die eigene Mannschaft nicht wie sonst üblich durch Sprechchöre und Gesänge unterstützte.

Ob es logisch ist, die Gastmannschaft zu bestrafen, indem man der eigenen Mannschaft die verbale Unterstützung verweigert, ist jenseits der logischen Gedankenwelt. Aber gut. Manche Zeitgenossen haben es nicht so mit der Nutzung des eigenen Verstandes. Nachdem die Viertelstunde des Schweigens vorbei war, fiel exakt in der 16. Minute das 1:0 für Leipzig. Schließlich endete das Spiel 4:0.

Gegen einen Meisterschaftsfavoriten – und das ist RB Leipzig – zu verlieren, ist keine Schande. Schließlich dauert die Saison 34 Spiele und von denen hat Union jetzt das erste verloren. Einen großen Nachholbedarf scheinen aber die „Ultrafans“ von Union in Sachen Fairness und Sportlichkeit zu haben. Da fiel das 1:0 gerade zur richtigen Zeit.

Welche Substanz in der Mannschaft steckt, zeigte sich bereits am zweiten Spieltag. Union holte beim FC Augsburg auswärts ein Unentschieden. Allerdings gehört Augsburg auch nicht zu den Spitzenklubs der Bundesliga. Union hatte Grund zur Freude. Die Fans des Vereins – insbesondere die kommerziellfeindlichen Ultras – müssen rasch lernen, dass Fußball auch ein wirtschaftliches Unternehmen ist. Städte wie Cottbus oder Rostock bieten nicht die wirtschaftliche Grundlage für einen Bundesliga-Verein.

Die Vereinsführung von Union bemüht sich erfolgreich, auf die Befindlichkeiten der Fans Rücksicht zu nehmen. Das ist auch gut so, aber das Wirtschaften anderer Vereine geht die Ultras einen feuchten Kehricht an. Hoffentlich wiederholen sich Peinlichkeiten wie die am ersten Spieltag gegen RB Leipzig nicht.

Wider die Garnisonkirche

Online-Petitionen gegen das Glockenspiel und öffentliche Mittel

Kritiker des Wiederaufbaus der Potsdamer Garnisonkirche haben zwei Online-Petitionen gestartet. In einem offenen Brief fordern rund 100 Vertreter der Kunstszene und aus der Wissenschaft ein neues Konzept für das Projekt. Die Unterzeichner stellen die Forderung auf, beim Wiederaufbau auf jeglichen Waffenschmuck an der Fassade zu verzichten. Weiterhin wird in dem Brief der Abriss des Glockenspiels verlangt, das 1991 von der „Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel e.V.“ errichtet und der Stadt Potsdam geschenkt wurde.

Das Glockenspiel weist aus Sicht der Autoren des offenen Briefes „revisionistische, rechtsradikale und militaristische Inschriften“ auf, die inakzeptabel seien. In dem Brief heißt es: „Während die Stadt die Widmungen an die ehemaligen deutschen Ostgebiete an sieben Glocken stillschweigend revidieren ließ, bleiben eine Reihe revisionistischer, rechtsradikaler und militä-

ristischer Widmungen bis heute erhalten. So ehrt das Glockenspiel den Kyffhäuserbund, den Verband deutscher Soldaten, die Schlesischen Truppen (mit dem Zusatz: „Kein Unglück Ewigk“), den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Karl Ludwig Friedrich von Hinckeldey und den in Deutschland pro-

Schorlemmer, Staeck und Oswald haben unterzeichnet

blematischen Spruch „sum cuique“ (Jedem das Seine).“

Zudem verlangen die Unterzeichner auch Änderungen an der Trägerschaft des Projektes. Anstelle der Repräsentanten aus Politik und Militär sollen „zivilgesellschaftliche Initiativen“ treten, „die sich für Menschenrechte und gegen Militarismus und Verbrechen gegen die Menschlichkeit einsetzen“.

Adressaten des offenen Briefs sind der Bundespräsident, die Kulturstaatsministerin, der Ministerpräsident Brandenburgs und der Oberbürgermeister Potsdams. Die bei „Change.org“ veröffentlichte Onlinepetition haben unter anderem der Architekt Philipp Oswald, der evangelische Theologe Friedrich Schorlemmer und der Künstler Klaus Staeck unterschrieben.

In einer anderen Online-Petitionen mit dem Titel „Keine Steuergelder für den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche!“ wird ein Stopp einer öffentlichen Förderung und ein Aufschub des Wiederaufbauprojekts der Garnisonkirche gefordert. Aus Sicht der „Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche“ baut der Staat „nun eine Luxuskirche, für die es nicht einmal eine Gemeinde gibt, sondern die sich lediglich als Wallfahrtsort für die Neue Rechte eignet“. Gerichtet ist diese Petition an die Kulturstaatsministerin und den Bundesfinanzminister. *N.H.*

Clans unterwandern Politik

FDP-Anfrage fördert Strukturen der Kriminalität in Berlin zutage

Der FDP-Innenpolitiker Marcel Luthe (MdA) hat mit einer parlamentarischen Anfrage an den Berliner Senat Informationen über die Strukturen der organisierten Kriminalität in der deutschen Hauptstadt zutage gefördert. Aus der Antwort des Senats werden sowohl die Nationalitäten von Verdächtigen und auch die Kriminalitätsbereiche ersichtlich, in denen die Banden aktiv sind. Insgesamt hat die Berliner Polizei im vergangenen Jahr gegen 59 Banden mit insgesamt 462 Mitgliedern Ermittlungen geführt. In lediglich 18 dieser Banden spielten Personen eine führende Rolle, die in der Statistik als deutsche Staatsangehörige bezeichnet werden.

Bereits früher hatte die Polizei berichtet, dass in arabischen und türkischen Gruppierungen rund die Hälfte der Bandenmitglieder über einen deutschen Pass verfügt.

Ermittelt wurde zudem gegen je sechs bulgarische und türkische Gruppierungen, vier russische Banden, je drei Banden von Litauern, Nigerianern und Serben sowie je zweimal Polen, Ukrainer und Libanesen. Dazu kamen weitere Banden aus anderen Herkunftsstaaten.

Clan-Kriminelle tauchen in Statistiken als Deutsche auf

Keine Ermittlungen gab es in Berlin im vergangenen Jahr gegen Gruppierungen, die der italienischen Mafia zugeordnet werden. Bei den Ermittlungen zeigte sich, dass 17 Banden bei Diebstählen und Einbrüchen aktiv waren. In 16 Fällen ging es um den Handel mit Drogen. Weitere Betätigungsfelder krimineller Banden waren Zwangsprosti-

tution und illegales Glücksspiel, der Handel mit gefälschten Produkten, Steuer- und Zolldelikte, Gewaltkriminalität und die illegale Einschleusung nach Deutschland.

In zehn Ermittlungsverfahren der Berliner Polizei mit Bezug zur organisierten Kriminalität tauchten auch Hinweise auf eine Einflussnahme von Banden auf Politik, Medien, Justiz oder die Wirtschaft auf. Der Abgeordnete Luthe sagte mit Blick auf diese Versuche der Unterwanderung der Berliner Politik und Verwaltung, die organisierte Kriminalität sikere üblicherweise schleichend in die Gesellschaft ein. Luthe warnte: „Die Zahlen zeigen, dass genau das in Berlin passiert.“

Nach dem Vorbild anderer Bundesländer sowie auch des Bundeskriminalamtes hat auch Berlin angekündigt, ein umfassendes Lagebild zur organisierten Kriminalität vorlegen zu wollen. *Hermann Müller*

MELDUNGEN

Konkurrenz für Klaus Johannis

Bukarest – Die rumänischen Sozialdemokraten haben Viorica Dancila, die derzeitige Premierministerin Rumäniens, als Kandidatin für die Präsidentschaftswahlen im November nominiert. Sie wird gegen den seit Ende 2014 amtierenden Präsidenten, den der rumäniendeutschen Volksgruppe der Siebenbürger Sachsen angehörenden national-liberalen Klaus Johannis, antreten, der eine zweite Amtszeit anstrebt. Weitere Politiker kündigten ebenfalls ihre Absicht an, für das Amt zu kandidieren. Darunter sind Dan Barna, Vorsitzender der „Union Rettet Rumänien“, und der ehemalige Premierminister Calin Popescu-Tariceanu, der Vorsitzender der liberalen Partei ALDE ist. *J.H.*

Streit um EU-Gelder

Athen – Griechenland hat offiziellen Angaben der Regierung zufolge aktuell 4,9 Milliarden Euro an EU-Mitteln für den Zeitraum 2014 bis 2020 abgerufen. Dabei wurden dem Land insgesamt 19,7 Milliarden bewilligt. Somit wurden bisher nur 25 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel in Anspruch genommen. Der stellvertretende Entwicklungs- und Investitionsminister Joannis Tsakiris sagte gegenüber dem Internet-Nachrichtenportal Euractiv: „Wir müssen bis 2023 jährlich fünf Milliarden Euro ausgeben ... Es wäre eine echte Leistung, wenn wir das schaffen.“ Er warf der vorherigen Regierung unter der linksgerichteten Syriza vor, zahlreiche von der EU finanzierte Projekte nur geplant, aber nicht umgesetzt zu haben. Die Syriza verwies hingegen darauf, Brüssel habe wiederholt die Verwendung von EU-Mitteln durch Griechenland begrüßt und gelobt. *J.H.*

Kaschmir-Konflikt droht zu eskalieren

Feuergefechte im indisch-pakistanischen Grenzgebiet haben bereits zu Toten auf beiden Seiten geführt

Seit der Teilung von Britisch-Indien im Jahre 1947 und dem Abzug der Engländer stehen die Republik Indien und die Islamische Republik Pakistan, die damals entstanden, einander feindlich gegenüber. Das liegt zum einen an dem religiösen Gegensatz zwischen dem überwiegend hinduistischen Indien und dem muslimischen Pakistan. Es gibt aber auch territoriale Gründe, so den Streit um Kaschmir. Dieser Zwist zwischen den beiden Atommächten hat sich in jüngster Zeit gefährlich zugespitzt.

Feuergefechte im Grenzgebiet häufen sich, neben der Infanterie wird auch Artillerie eingesetzt. Es hat schon Tote gegeben, Soldaten auf beiden Seiten, und – darf man den pakistanischen Meldungen trauen – auch Zivilisten. Doch derlei wird oftmals gerne verbreitet, um sich den Anschein einer moralischen Berechtigung für die Ausweitung des Konflikts zu geben.

Die Vorbereitungen dafür sind auf beiden Seiten längst getroffen. Indien hat seine Streitkräfte in seinem Teil Kaschmirs, dem Bundesstaat Jammu und Kaschmir, in Alarmbereitschaft gesetzt, bis hin zur Luftwaffe. Begründet wird dieses damit, dass man Angriffe von Terrorgruppen erwarte, die von Pakistan unterstützt würden, um Unruhe zu stiften.

Indien aber belässt es nicht bei militärischem Gerassel. Anfang dieses Monats hat Neu-Delhi dem Bundesstaat Jammu und Kaschmir seinen Status als Sondergebiet entzogen und sich so die Möglichkeit geschaffen, unmittelbar selbst durchzugreifen. Indiens Premierminister Narendra Modi verteidigt die Maßnahme damit, dass sie „wirtschaftliche Entwicklung und Frieden in das Himalaja-Gebiet“ bringe.

Vorerst zumindest ist jedoch das Gegenteil der Fall. Die Pakistani haben ihrerseits in der zweiten August-Woche die letzte öffentliche Verkehrsverbindung nach Indien unterbrochen. Nachdem zwei Zugverbindungen eingestellt wor-

den waren, der „Thar Express“ und der „Samjahauta Express“, wurde auch noch der Omnibus-Verkehr eingestellt. Direktflüge zwischen den verfeindeten Nachbarn gibt es ohnehin nicht. Die letzte Möglichkeit, die Grenze zu überschreiten, ist derzeit der Kontrollposten Wagah, an der Grand Trunk Road zwi-

feld führt, dass Kaschmir überwiegend von Moslems bewohnt wird. Was das Problem noch ein wenig komplizierter macht, ist, dass ein kleiner Teil Kaschmirs zu China gehört. Es handelt sich dabei um die Hochlandregion am Westrand von Tibet Aksai Chin. Dieses Gebiet hat Pakistan bereits

stung der ohnehin schwierigen Beziehungen zwischen Peking und Neu-Delhi dar. Aksai Chin gewinnt für China eine besondere Bedeutung dadurch, dass es an zwei der problematischsten chinesischen Regionen grenzt. Es liegt überwiegend auf dem Gebiet von Chinas westlicher Provinz Sinkiang, der

den Kaschmir-Konflikt verwickelt, sondern deren zumindest drei. Wenn nicht noch mehr, berücksichtigt man denn die zumindest bei Bedarf gezeigte politische Nähe Indiens zu den USA und deren Neigung, überall in der Welt zu intervenieren – auch militärisch –, wenn es der Realisierung der eigenen Weltmachtpläne zu nützen scheint.

Die beiden eigentlichen Widersacher Indien und Pakistan verfügen über reichlich nukleare Kurz- und Mittelstreckenwaffen. Um die nuklearen Sprengköpfe ins Ziel zu bringen, stehen sowohl Raketen als auch Bombenflugzeuge zur Verfügung. Angesichts der zum Teil überaus dichten Besiedlung der Regionen könnte selbst ein beschränkter nuklearer Waffengang Millionen Menschen töten. Außerdem könnte das Grundwasser des halben Subkontinents verseucht werden.

Derweil versucht Modi die Position Neu-Delhis im bereits indischen Teil Kaschmirs weiter zu stärken. So hat er einen Artikel der Verfassung außer Kraft gesetzt, gemäß dem ausschließlich Kaschmiri in ihrer Region Land kaufen dürfen. Das könnte dazu führen, dass die Kaschmiri in ihrer Heimat die Mehrheit einbüßen und allmählich völlig in der Republik Indien aufgehen. Eine solche Entwicklung würde auch den pakistanischen Anspruch auf Kaschmir schwächen, denn jeder Hindu, der sich dort ansiedelt, mindert das religiöse Argument Lahores in seiner Stichthaltigkeit.

Aber auch Pakistan zeigt die Muskeln. Der Vier-Sterne-General und Stabschef der pakistanischen Armee Kamar Javed Bajwa versicherte dieser Tage: „Pakistans Armee wird die Kaschmiri in ihrem Kampf bis zum Ende unterstützen.“ Pakistans Premierminister Imran Khan mahnt hingegen zu Vorsicht und Mäßigung. Er verweist darauf, dass bei einem Krieg „beide Seiten und die ganze Welt unter den Folgen leiden“ würden. *Florian Stumfall*



Geteiltes Kaschmir: Jammu und Kaschmir ist ein Bundesstaat der Republik Indien. Asad Jammu und Kaschmir, kurz auch Asad Kaschmir genannt, ist ein teilautonomes pakistanisches Gebiet. Gilgit-Baltistan ist ein pakistanisches Sonderterritorium unter Bundesverwaltung. Das Shaksgam-Tal gehört zu dem Kreis Kargilik und dem Tadschikischen Autonomen Kreis Taschkorgan im Bezirk Kaschgar des Uigurischen Autonomen Gebiets Xinjiang. Ebenso wie das Shaksgam-Tal wird auch Aksai Chin zwar von Pakistan, aber nicht von der Republik Indien als Teil der Volksrepublik China anerkannt. Besonders umstritten ist der indisch-pakistanische Grenzverlauf auf dem Siachen-Gletscher, der seit 1984 durch indisches Militär besetzt ist, was den sogenannten Siachen-Konflikt oder Siachen-Krieg ausgelöst hat. *M.R.*

den Amritsar in Indien und der pakistanischen Kapitale Lahore. Das allerdings nimmt mehrere Stunden in Anspruch.

Oberflächlich ist der Kaschmir-Konflikt schnell erklärt. Indien wie Pakistan erheben beide Anspruch auf die gesamte Region, wobei Lahore das religiöse Argument ins

im letzten Jahrhundert an seinen großen Verbündeten China abgetreten, eine Maßnahme, die Indien nie anerkannt hat, weil es selbst Anspruch darauf erhebt.

Auf diese Weise ist der Kaschmir-Konflikt kein bilaterales Problem mehr, sondern bezieht China mit ein. Er stellt eine latente Bela-

Heimat der muslimischen, turkstämmigen Uiguren, die immer wieder deutliche Neigung zum Separatismus erkennen lassen. Außerdem liegt Aksai Chin an der Grenze zu Tibet, wo sich Peking ein ähnliches Problem stellt.

Es sind also nicht, wie es meistens heißt, zwei Atommächte in

China setzt auf »Soft-Power«

Peking strebt Außenwerbung nach US-amerikanischem Vorbild an

Während andere Staaten ihre durch Geld- und Fachkräftemangel geschuldete bisherige Zusammenlegung der Kultur- und Tourismusbehörden zunehmend hinterfragen und nicht selten aufheben, geht die Volksrepublik China einen umgekehrten Weg. Gerade legte das nationale Ministerium für Kultur und Tourismus ein neues Gesetz vor, dessen explizites Ziel die „Vereinheitlichung der Kultur- und Tourismus-Industrien“ ist. Das Doppelministerium war im April 2018 im Zuge der durch Staatsführer Xi Jinping vorgenommenen Generalreform der Zentralregierung mit dem expliziten Ziel gegründet worden, „Chinas soft-power und kulturellen Einfluss in der Welt zu stärken“.

„Soft Power“ (Weiche Macht) ist ein im Zuge der Wende von 1989/90 vom US-Politologen Joseph Nye – damals Chef-Außenpolitiker des Weißen Hauses und bis heute Leiter der einflussreichen Trilateralen Kommission – geschaffener Begriff, der die kulturelle Attraktivität und den davon ausgehenden Einfluss von Staaten als zentralen Aspekt ihrer politischen Gesamtmacht herausstellt. Die USA nutzen diese Form der Beeinflussung seit jeher intensiv, haben sie aber erst durch Nye zu einem kohärenten Kernaspekt ihrer Außenpolitik verdichtet.

China versucht sich auch in dieser Hinsicht seit etlichen Jahren als Zweites Amerika, ohne dass ihm dies trotz oft gewaltigen Propagandaaufwands in nennenswerter Weise gelungen wäre. Das neue Gesetz sieht vor, dass der Staat „die Schöpfung kultureller Produkte auf Basis touristischer Ressourcen“ fördern soll. Wohl als Erläuterung gedacht scheint die seiner Veröffentlichung beigegebene Forderung des früheren Volkskongress-Funktionärs Schu Bing, dass größere Anstrengungen nötig seien, „den

Embleme sind vorhanden, aber Experten fehlen

kulturellen Anteil in der Tourismusindustrie zu erhöhen“.

Demnach will man wohl zunächst versuchen, die bislang inhaltlich oftmals eher anspruchslöse Tourismusindustrie zu einer Inwertsetzung örtlich vorhandener, aber noch ungenutzter kultureller „Ressourcen“ zu animieren. Dass mit dem Gesetz aber nicht ausschließlich an unmittelbare finanzielle Gewinne und eine Niveauanhebung des inländischen Reiseverkehrs gedacht ist, zeigen auffällige Passagen, die darüber hinaus eine

umfassende Unterstützung der Bewerbung von Chinas „Kulturprodukten“ in Übersee fordern.

Es ist demnach zu erwarten, dass die chinesischen Dienststellen versuchen werden, offensiver als bisher emblematische Aspekte der Kultur ihres Landes im Ausland bekannt zu machen und so Ausländer für die Politik der Volksrepublik zu gewinnen. Dies wäre sozusagen der nach der in den letzten Jahren global erfolgten Eröffnung zahlreicher Konfuzius-Kulturinstitute zweite Ansatz einer Breitenwerbung für die chinesische Kultur, deren oft hochinteressante Aspekte im Ausland kaum bekannt sind.

Der Erfolg des ersten Ansatzes blieb freilich überschaubar: Neben einem gewissen Zuspruch für chinesische Sprachkurse erreichen die kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Zusatzaktivitäten bestenfalls ein begrenztes Publikum und werden von den weitgehend US-gesteuerten Medien ignoriert. Wenn der neue Ansatz nicht unter dem Strich genauso kläglich enden soll, wird China in großem Umfang qualifizierte Nicht-Chinesen gewinnen müssen, die das Land für die Überwindung der gewaltigen kulturellen und mentalen Unterschiede zu den im Fernen Osten unbegreifbaren weißen Völkern dringend benötigt. *T.W.W.*

Anzeige

Der Osten wird blau!

Mit Beiträgen von Salvini, Höcke, Benoist, Hochhuth

Ab 24.8. am guten Kiosk!

47€ 400
Beitrag: 10€
inkl. MwSt.

Beitrag: 10€
inkl. MwSt.

Salvini interview
Höcke & Benoist
Beitrag von Höcke
und Benoist

Beitrag:
Eduard Bruns
Alois Höpfer

Einzelheft 5,50 Euro
inkl. MwSt. plus Versand

Bestellung unter shop@compact-mail.de · Tel: 03327-569 86 11 · compact-shop.de

»Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen«

Der Zweite Weltkrieg begann, bevor der erste Schuss fiel

Der Krieg war fast pünktlich. Eine schwüle Sommernacht war gerade vergangen, als am 1. September 1939 um 4.45 Uhr, wie befohlen, das im Hafen von Danzig liegende Linienschiff „Schleswig-Holstein“ das Feuer auf die polnische Westplatte eröffnete. Überall an der deutsch-polnischen Grenze preschten deutsche Panzer vor. Die Luftwaffe startete nach Osten. Der Zweite Weltkrieg hatte begonnen – ohne Kriegserklärung. Fünf Jahre, acht Monate und acht Tage dauerte die grauenvolle Gewalt an.

Eine Stunde nach den ersten Schüssen verbreitete der Rundfunk eine Proklamation Adolf Hitlers: „Die Deutschen in Polen werden mit blutigem Terror verfolgt, von Haus und Hof vertrieben. Eine Reihe von für eine Großmacht unerträglichen Grenzverletzungen beweist, dass die Polen nicht mehr gewillt sind, die deutschen Reichsgrenzen zu achten. Um diesem wahnwitzigen Treiben ein Ende zu setzen, bleibt mir kein anderes Mittel, als von jetzt ab Gewalt gegen Gewalt zu setzen.“

In dieser Woche vor 80 Jahren hatten auch Gutgläubige die Hoffnung auf eine friedliche Lösung verloren. Noch eine Woche zuvor hatten sie gehofft, der Krieg lasse sich vermeiden. Und wenn es doch einen Krieg geben sollte, dann nur einen kurzen. Am 23. August hatten der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop und sein sowjetischer Kollege Wjatscheslaw Molotow einen Nichtangriffsvertrag im Beisein Josef Stalins unterzeichnet. Die Menschen atmeten auf, der Frieden schien gerettet. Was die Menschen nicht erfuhren: In einem geheimen Zusatzabkommen hatten Hitler und Stalin die Grenzen ihrer Expansion abgesteckt.

Nur zwei Tage später, am 25. August 1939, setzte Hitler den Termin für den Angriff fest: Um 4.30 Uhr, in der Morgendämmerung des nächsten Tages, sollte die deutsche Wehrmacht losschlagen. Aber die Frist



Statt im gewohnten Braun nun im militärischen Feldgrau: Adolf Hitler vor 80 Jahren im Reichstag

des Friedens wurde noch einmal verlängert. Denn am 25. August erklärte Frankreich einmal mehr, an der Seite Polens zu stehen, ratifizierten England und Polen ein Militärabkommen, erhielt Hitler einen Brief von Benito Mussolini, in dem

dieser warnte, die Zeit für einen Krieg sei noch nicht gekommen. Die Kriegsmaschinerie wurde in letzter Sekunde gestoppt. Die Soldaten, bereits auf dem Marsch, machten um 3 Uhr verwirrt kehrt Richtung Verfügungsraum. Am sel-

ben Tag lief die „Schleswig-Holstein“ in Danzig zu einem „Freundschaftsbesuch“ ein.

Die Vorbereitungen des Krieges hatten sich nicht länger verbergen lassen. Es waren kleine Zeichen, die zur Bedrohung anwuchsen. Der

Kaufmann an der Ecke bediente seine Kunden nicht mehr, er war eingezogen worden. Buslinien wurden eingestellt, weil die Busfahrer nun Lastwagen der Wehrmacht steuerten. In Polen seien die Bahnhöfe überfüllt von Juden, die versuchten, sich davon zu machen, hieß es in Presse- und Rundfunkmeldungen. Polen und Frankreich machten mobil.

Der Alltag geriet aus den Fugen. Landkreise verlängerten die Ferien, damit Schüler bei der Ernte helfen konnten. Die Hitlerjugend appellierte an die Eltern, ihre Kinder auf dem Lande zu lassen, damit sie bei der Kartoffel- und Rübenenernte helfen können. Und der Rundfunk ermahnte die Frauen, man erwarte nun, da die Männer zur Wehrmacht müssten, besondere Disziplin und Verständnis.

Lebensmittel und kriegswichtige Rohstoffe wurden rationiert. Zwar hatte Hitler den für den 26. August vorgesehenen Angriff gestoppt, aber die Umstellung des zivilen Lebens auf den Kriegszustand hatte sich nicht mehr aufhalten lassen. So wurden am 27. August die längst gedruckten Lebensmittelkarten und Bezugsscheine für längerlebige Waren verteilt. Das System löste große Verwirrung aus. Niemand kam damit zurecht. Dabei hatte schlagartig in den Zeitungen eine Kampagne eingesetzt, die die verzwickten Regeln entwirren sollte:

„Neben den für Zucker bekanntgegebenen Höchstmengen von 280 Gramm je Kopf und Woche ist mit Rücksicht auf die Einmachzeit die Möglichkeit gegeben, auf die Kartoffelabschnitte 1, 2, 3 je ein halbes Kilogramm Zucker zu beziehen. Fleischwaren können dreimal in der Woche bezogen werden, Für die mit ‚Fleisch oder Fleischwaren‘ bezeichneten Abschnitte mit den Zahlen 3, 6, 9, 12 sind je 200 Gramm Fleisch abzugeben. Anstelle von einem halben Liter Vollmilch können auch 170 Gramm Kondensmilch bezogen werden. Ferner werden 80 Gramm Käse

oder 160 Gramm Frischquark je Woche abgegeben, und zwar auf die mit ‚Eier‘ bezeichneten Abschnitte.“

Solche Erklärungen waren das letzte Alarmsignal. Jeder wollte zu Hause sein, wenn das Unwetter losbricht. Fluchtartig verließen die Urlauber ihre Ferienquartiere. Die Rheinländer hatten noch Sommerferien, überall herrschte Hochbetrieb. Nun aber war der Weg heimwärts mit Schwierigkeiten gepflastert. Personenzüge fielen aus, sie transportierten jetzt Militär. An den wenigen Tankstellen bildeten sich lange Autoschlangen. Die Vorrattanks waren nahezu leer, die Wehrmacht hatte den Spirit beschlagnahmt. Ab 30. August wurde Benzin ohnehin nur noch gegen Berechtigungskarte aus begründetem Anlass abgeben.

Selbstverständliches wurde plötzlich zur Mangelware. Seife zum Beispiel, auch wenn versprochen wurde „die Seifenbestimmungen haben teilweise einen Übergangscharakter. Jeder, der Rasierseife braucht, wird selbstverständlich seinen Schein dafür erhalten.“ Oder Schuhsohlen: „Nur solche Schuhsohlen dürfen erneuert werden, deren Lauffläche durchgelaufen ist.“

Der Krieg hatte begonnen, bevor auch nur ein Schuss gefallen war. Am 31. August gab SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich das Schlüsselwort zum Überfall auf den Sender Gleiwitz durch: „Konserven“. Im Reichstag rief Hitler am 1. September: „Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen.“ Hitler hatte sich versprochen, die Schüsse waren eine Stunde früher gefallen. Statt Braun trug er nun Feldgrau. Er erklärte, er werde diesen Rock „nur ausziehen nach dem Sieg, oder ich werde dieses Ende nicht mehr erleben.“ Hitler erlebte das Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr. Acht Tage vor der Kapitulation am 8. Mai 1945, stahl er sich durch Selbstmord aus seiner Verantwortung. Klaus J. Groth

Dem Kriegseintritt folgte die Internierung

Vor 80 Jahren begann die Südafrikanische Union, dort und in Südwestafrika lebende Deutsche in Lager zu sperren

Nachdem sich am 4. September 1939 das südafrikanische Parlament mit knapper Mehrheit gegen die Neutralität des Landes und stattdessen für die Teilnahme am Krieg auf der Seite Großbritanniens entschieden hatte, wurde schon Mitte des Monats damit begonnen die in Süd- und Südwestafrika lebenden Deutschen, die einen nicht unerheblichen Prozentsatz der weißen Gesamtbevölkerung ausmachten, zumindest teilweise zu internieren. Während die Südafrika-Deutschen vornehmlich in das Lager Baviaanspoort bei Pretoria gebracht wurden, wurden die deutschen Südwesten zunächst im Lager „Klein Danzig“ bei der ehemaligen deutschen Funkstation in Windhoek interniert. Von dort wurden Letztere im Juni 1940 ins neuerrichtete Lager Andalusia überführt.

Dieser Ort erscheint heute auf keiner Karte mehr, da er nach dem Tode des einstigen Burengenerals Jan Kemp im Jahre 1946 diesem zu Ehren in Jan Kempdorp umbenannt wurde. Neben den Südwesten Deutschen, von denen zuletzt 1600 in Andalusia lebten, waren dort auch eine Gruppe von Ostafrika-Deutschen sowie Angehörige anderer Feindmächte interniert.

Ab Juli/August 1940 wurden in Andalusia zusätzlich Deutsche aus der Südafrikanischen Union interniert. Hintergrund war, dass nach Baviaanspoort im Laufe der Zeit

zusätzlich deutsche Seeleute und auf deutschen Schiffen gefangen genommene Passagiere eingeliefert wurden sowie Deutsch-Ostafrikaner und Angehörige anderer Nationen.

Lagerführer in Windhoek war zunächst Hans Hirsekorn, Rechtsanwalt, Notar, Politiker und zeitweise Mitglied der South West Africa Legislative Assembly, der gesetzgebenden Versammlung Südwestafrikas. Kurz nach der Übersiedlung der Internierten nach Andalusia wurde er dort von Adolf Gutknecht abgelöst.

Letzterer gründete einen „Notgau der NSDAP“. Das war möglich, weil die Partei seit 1934 zwar in Südwestafrika, nicht aber in der Südafrikanischen Union verboten war. Doch Gutknecht machte sich mit seiner Forderung nach bedingungsloser Unterordnung unter die nationalsozialistische Parteidisziplin bald nicht nur bei seinen eigenen Landsleuten unbeliebt, sondern legte sich auch mit dem südafrikanischen Lagerkommandanten an und wurde deshalb noch im Laufe des Jahres 1940 nach Baviaanspoort strafverlegt, wo er bis nach dem Krieg geblieb.

Neuer Lagerführer wurde Heinz Beckurts, seit 1938 Vorsitzender des Deutschen Schulvereins Windhoek und außerdem Schirmherr der Deutschen Pfadfinder in Südwestafrika. Er mei-

sterte seine Aufgabe bis zum Schluss mit Bravour und erfreute sich daher bei seinen Landsleuten allgemeiner Beliebtheit. Sein Vertreter war der ebenfalls hochgeschätzte Major Ernst von Bran-



Die letzte Ruhestätte für 17 Internierte: Grabanlage im heutigen Jan Kempdorp

Bild: Wolfgang Reith

dis aus Tanganjika im vormaligen Deutsch-Ostafrika, der zusammen mit seinen Brüdern Cord und Karl interniert worden war.

Im August 1945 wurde das Lager Andalusia aufgelöst, doch vie-

le der Insassen waren damit noch keineswegs frei. Die bisher dort internierten deutschen Südwesten, die sich während des Krieges freiwillig zur Repatriierung nach Deutschland gemeldet hatten,

wurden nunmehr nach Baviaanspoort überführt. Alle anderen kamen ins dritte große Lager Koffiefontein im Oranje-Freistaat, wo vor allem die weißen Südafrikaner interniert worden waren, die

mit dem nationalsozialistischen Deutschland sympathisierten.

Als im März 1946 auch das Lager Koffiefontein aufgelöst wurde, bedeutete dies zwar für viele die Entlassung in die Freiheit, viele

andere jedoch wurden nach Baviaanspoort verlegt, wo durch Entlassungen Platz entstanden war und wo sie nun noch einmal Monate bis zu endgültigen Freilassung warten mussten. Aus die-

sem Grund kursierte damals in Südafrika der Spruch „Join the internees and see the Union.“

Von dem früheren Internierungslager Andalusia, das aus mit Holz verschalteten Wellblechbaracken bestand, steht heute nichts mehr. Das einzige, was im jetzigen Jan Kempdorp noch an die damalige Zeit erinnert, sind die Gräber der 17 während der Internierung verstorbenen Lagerinsassen. Kurz vor der Auflösung des Lagers 1945 beschloss man, die Grabstätten so zu gestalten, dass sie künftig keiner größeren Pflege bedürfen. So bedecken denn die Gräber seither große im Lager hergestellte Zementplatten mit den darauf angebrachten Namen und Lebensdaten der Verstorbenen. 1965 wurde inmitten des Gräberfeldes ein großes Teakholzkreuz errichtet, vor dem man später noch eine Tafel anbrachte, auf der die Namen und Daten der dort bestatteten Deutschen eingraviert sind.

Die Anlage befindet sich weiterhin sichtbar am Kopfende des neuen Friedhofs von Jan Kempdorp, der ungefähr zwei Kilometer südlich des Ortes liegt. Sie macht einen durchaus gepflegten Eindruck. Auf dem Friedhof sind überdies einige südafrikanische Soldaten beigesetzt, von denen mindestens einer zu den Wachmannschaften des Internierungslagers gehörte. Wolfgang Reith

Dem Kriegsbeginn folgten schwere Massaker

Bis zu 1500 deutsche Zivilisten wurden am »Bromberger Blutsonntag« von Polen getötet

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurden in Polen mehrere tausend volksdeutsche Zivilisten ermordet. Der Raum Bromberg bildete dabei einen der Schwerpunkte der Gewaltausbrüche. Deshalb gingen die Massaker vor allem unter der Bezeichnung „Bromberger Blutsonntag“ in die Geschichte ein.

Obwohl die Streitkräfte der Zweiten Polnischen Republik den 54 Divisionen der Wehrmacht, die ab dem 1. September 1939 in einer konzentrischen Zangenbewegung auf Warschau vorstießen, immerhin 44 eigene Divisionen entgegenwerfen konnten, gerieten sie von Anfang an ins Hintertreffen. So wurde die Armia Pomorze (Pommerellen-Armee) unter Generalmajor Wladyslaw Bortnowski beim Angriff der Heeresgruppe Nord in der Tucheler Heide südwestlich von Danzig eingekreist und weitgehend zerschlagen – nur wenigen Truppenteilen gelang es, sich nach Bromberg abzusetzen. Dort hatten die Polen inzwischen damit begonnen, eine Bürgerwehr aus Angehörigen paramilitärischer Verbände und jugendlichen Pfadfindern aufzustellen. Nachdem erste zurückströmende Einheiten der 9. und 27. polnischen Infanterie-Division am Sonntag, den 3. September 1939 jede Menge Panik und Hysterie in Bromberg verursacht hatten, genügte schon der allergeringste Funke, um eine Explosion der Gewalt auszulösen.

Gegen 10 Uhr vormittags sorgten irgendwelche lauten Geräusche auf der mit Soldaten und Flüchtlingen verstopften Danziger Straße, die manche Bewohner Brombergs fälschlicherweise als Schüsse interpretierten, für ein vollkommenes Chaos in der Innenstadt. Deswegen versuchte das polnische Militär mit Warnschüssen in die Luft Herr zu werden – so sagten es später diverse Zeugen gegenüber Er-

mittelern der Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts (WUST) aus. Daraufhin machte sich sofort das Gerücht breit, deutsche Freischärler hätten aus Wohnhäusern und von den Türmen der evangelischen Kirchen das Feuer auf die Polen eröffnet. Hieraus resultierte ein bestialisches Pogrom an den Volksdeutschen in Bromberg, das später als „Blutsonntag“ in die Geschichte

der. Die genaue Zahl der Getöteten konnte nie ermittelt werden. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge soll sie zwischen etwa 100 und 1500 liegen. Die niedrigste Angabe stammt von dem Historiker Edmund Zarzycki. Dazu passt, dass der 2007 verstorbene Mitarbeiter des Bromberger Staatsarchivs mit seinen Kollegen die Legende von den deutschen „Heckenschützen“ pflegte, die in Brom-

ber 1989 apodiktisch titelte: „Ein Massaker, das es nie gab“. Offenbar darf man Massenmorde an Deutschen und die Zahl der diesbezüglichen Opfer nach Herzenslust leugnen beziehungsweise herunterrechnen, ohne dass dies als Volksverhetzung verfolgt würde wie Zweifel am Holocaust oder dessen Dimensionen.

Allerdings gab es auch Polen, die sich der Wahrheit verpflichtet fühl-

trete. Direktor des staatlichen Warschauer Instituts für Nationales Gedenken (IPN) Janusz Krupski, „dass das polnische Bild vom Blutsonntag heute nicht mehr haltbar ist“.

Bei den Ereignissen in Bromberg am 3. und 4. September 1939 handelte es sich keineswegs um einen Einzelfall oder ein „bedauerliches Versehen aufgrund der Kriegsumstände“. Das beweisen

Todesmärschen. Solche Märsche führten beispielsweise in die Umgebung von Thorn, zum Jesuitersee, von Sockelstein nach Sompolno sowie über Kutno nach Lowitsch. Ähnliches spielte sich auch in Mittelpolen und Galizien ab. Wie die späteren akribischen Nachforschungen der am 4. September 1939 eingerichteten Wehrmacht-Untersuchungsstelle ergaben, wurden allein in den Woiwodschaften Posen und Pomerellen aus 1131 Ortschaften Deutsche verschleppt und in rund 40 Marschgruppen teilweise bis zu 300 Kilometer nach Osten getrieben. Die Behandlung hierbei war unmenschlich – nicht wenige blieben erschlagen, erstochen oder erschossen am Wegesrand liegen. Dazu kamen zahlreiche örtliche Massaker, so unter anderem in Müllersdorf, Neu Beelitz, Rohrbach, Hohensalza, Mogilno, Neu-Tecklenburg, Langenau, Pleß, Stopnica sowie an diversen anderen Orten in ganz Polen.

Wie viele deutsche Zivilisten insgesamt Anfang September 1939 durch polnische Hand ums Leben kamen, ist ebenso heftig umstritten wie die Bilanz der Mordaktion in Bromberg. Dennoch gibt es einige belastbare Zahlen: Das deutsche Bundesarchiv konnte 1794 namentlich bekannte Opfer der Todesmärsche ermitteln; später bezifferte es die Gesamtzahl der in Polen zu Kriegsbeginn hingemetzelten und eindeutig identifizierbaren Deutschen auf 3841. Das korrespondiert mit den Angaben der Posener Zentralstelle für die Gräber ermordeter Volksdeutscher. In deren Kartei sind insgesamt 5495 Tote und Vermisste aufgelistet. Manche Historiker gehen allerdings auch von 7000 bis 13 000 Ermordeten aus. Sollte es hierfür Beweise gegeben haben, dürften diese wohl längst der Vernichtung anheimgefallen sein. *Wolfgang Kaufmann*



Ausländische Journalisten machen sich ein Bild von den Spuren des Gräuels: Leichen von am „Bromberger Blutsonntag“ ermordeten Volksdeutschen

Bild: pa

eingehen sollte, obwohl der darauffolgende Montag nicht weniger gewalttätig verlief.

Zwei Tage lang wurde hemungslos geplündert und gebrandschatzt, vergewaltigt, verstümmelt und gemordet. Dabei konnte kein Deutscher seines Lebens sicher sein. Unter den Opfern des Massakers, das vorrangig von polnischen Zivilisten und Paramilitärs begangen wurde, befanden sich auch Greise, Geistliche, Frauen und Kin-

der. Die genaue Zahl der Getöteten konnte nie ermittelt werden. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge soll sie zwischen etwa 100 und 1500 liegen. Die niedrigste Angabe stammt von dem Historiker Edmund Zarzycki. Dazu passt, dass der 2007 verstorbene Mitarbeiter des Bromberger Staatsarchivs mit seinen Kollegen die Legende von den deutschen „Heckenschützen“ pflegte, die in Brom-

ber 1989 apodiktisch titelte: „Ein Massaker, das es nie gab“. Offenbar darf man Massenmorde an Deutschen und die Zahl der diesbezüglichen Opfer nach Herzenslust leugnen beziehungsweise herunterrechnen, ohne dass dies als Volksverhetzung verfolgt würde wie Zweifel am Holocaust oder dessen Dimensionen.

ten und dem Lügengespinnst um den Bromberger Blutsonntag zu Leibe rückten. Zu diesen gehörte Wlodzimierz Jastrzebski. Der Historiker von der damaligen Akademia Bydgoska imeni Kazimierza Wielkiego in Bromberg, aus der die heutige Kazimierz-Wielki-Universität hervorgegangen ist, verwies 2003 auf das komplette Fehlen von Belegen für die Existenz einer „Fünften Kolonne“ der Deutschen. Daraufhin bestätigte der stellver-

die vielen anderen Gewalttaten gegen Volksdeutsche bereits vor und dann auch nach dem Kriegsbeginn. Diese waren oft von langer Hand vorbereitet und erfolgten teilweise in „Abarbeitung“ von Listen, die zum Beispiel Angaben über die deutsche Intelligenz in den beiden westlichen Woiwodschaften Polens enthielten. Wer damals nicht sogleich an Ort und Stelle gelyncht wurde, den zwangen die Polen oft zur Teilnahme an

»Sprachrohr zwischen Front und Heimat«

Der Siegeszug des »Wunschkonzerts« begann mit dem Zweiten Weltkrieg

Das „Wunschkonzert“ gilt als die populärste deutsche Rundfunksendung der Kriegsjahre. Nach wie vor erklingt ein Gutteil des „Wunschkonzert“-Repertoires. Sogar Gegenwarts-künstler wie Ulrich Tukur und Nina Hagen haben Schlager aus der NS-Zeit wie „Roter Mohn“, „Traummusik“, „Yes Sir!“ oder „Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da“ in ihr Programm genommen. Der geschichtliche Hintergrund bleibt dabei jedoch ausgespart.

Ab der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 war das Rundfunkhören nicht mehr eine „Privatangelegenheit“, sondern „staatspolitische Pflicht“ für jeden „Volksgenossen“. Der Rundfunk als „Künder einer neuen Zeit“ sollte „in erster Linie ein künstlerisches Instrument und erst in zweiter Linie ein Nachrichteninstrument“ sein. Neue Hörer sollten mittels eines attraktiven Programms und preisgünstiger Empfangsgeräte gewonnen werden. So präsentierte Propagandaminister Joseph Goebbels im August 1933 den „Volksempfänger“, der nur 76 Reichsmark kostete. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer verdoppelte sich wegen dieses Preis- und Programmangebots zwischen 1933 und 1939 und wuchs bis zum 1. Januar 1941 mit 15 Millionen Empfangsgeräten auf das Dreifache der Gerätedichte des Jahres 1933.

Für die Programmgestaltung galten die Vorgaben des Propagandaministers. Nun wurden die Übertragungen von politischen Reden,

Kundgebungen und Wortbeiträgen ebenso wie der Anteil der ernstesten Musik reduziert. Goebbels setzte auf Unterhaltungsmusik, deren Anteil zur besten Sendezeit am Abend ab 1936 rund sieben Zehntel am Gesamtprogramm betrug.

Ihr Forum fand die Unterhaltungsmusik vor allem im „Wunschkonzert“, der bekanntesten Rundfunksendung im Dritten Reich. Entstanden war es aus dem „Wunschkonzert für das Winterhilfswerk“ (1935). Neu an der Sendeform war die mit einer Spende verbundene Beteiligung der Hörer. Wünsche wurden erfüllt, wenn der Hörer entweder Geld oder Sachspenden direkt an den Sender nach Berlin schickte oder einen Nachweis erbrachte, dass er einer Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt eine Spende hatte zukommen lassen.

Der Siegeszug des „Wunschkonzerts“ begann mit dem Zweiten Weltkrieg vor 80 Jahren. Ab sofort war die Unterhaltungsmusik „genau so wichtig wie Kanonen und Gewehre“.

Die Rundfunksendung, verstanden als „Sprachrohr zwischen Front und Heimat“, wurde im Winterhalbjahr zweimal wöchentlich ausgestrahlt, sonntags und mittwochs, ab 1940 nur noch sonntags, moderiert von Heinz Goedecke und Wilhelm Krug. Mit der Besechtigung von „Treue und Liebe der Heimat“ über „Raum und Zeit“, wurde trotz großer räumlicher Distanzen wirkungsvoll eine kurzzeitige Nähe inszeniert, die

den oft propagierten Gedanken der „Volksgemeinschaft“ popularisierte.

Als Tonaufzeichnung ist keine einzige komplette „Wunschkonzert“-Übertragung erhalten. Lediglich die Programmfahnen einiger



Aus dem 1940 erschienenen Ufa-Spielfilm „Wunschkonzert“: Auftritt von Marika Röck

Bild: pa

Sendungen der Jahre 1936 bis 1938 sind im Bestand der Reichsrundfunkgesellschaft archiviert. Über Programmbeiträge, Mitwirkende und Spendenaufkommen informieren die zahlreichen Pressechos. Aufschluss über die Programmbeurteilung durch die Hö-

rer geben die „geheimen Lageberichte“ des Sicherheitsdienstes der SS. Überliefert sind ferner Tagebucheinträge von Goebbels sowie Aktenvermerke des Propagandaministeriums und der Wehrmachtpropagandastellen, die den

Wehrmacht“ und der im selben Jahr entstandene Ufa-Film „Wunschkonzert“, der Originalaufnahmen der 8. und 10. „Wunschkonzert“-Übertragung enthält. Die Programmfolge der Sendung sah eine Dreiteilung vor. Von 16 bis 19 Uhr war eine bunte Abfolge von Märschen, Kammermusik und Chorsätzen, Ouvertüren, Operetten- und Operarien, Volksweisen und Soldatenliedern zu hören. Nach den Nachrichten begann der zweite Teil mit leichter Unterhaltungsmusik, der dritte Teil, von 20 bis 22 Uhr, glich im Wesentlichen dem Eröffnungsteil. Aufgelockert wurde das musikalische Programm durch Gedichte, Sketche, Ansagen militärischer und privater Natur.

In jedem „Wunschkonzert“ trat ein prominenter Gast auf. Bekannte Sportler, Schauspieler, Sänger, Dirigenten, Politiker und weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sprachen über das Mikrofon oder boten einen Ausschnitt ihres Könnens. Zu den Höhepunkten gehört die 50. Ausstrahlung des Wunschkonzerts am 1. Dezember 1940 mit „Prominenten aller Art“ wie Zarah Leander, Rosita Serrano oder Herbert von Karajan. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Sendung die beachtliche Summe von 75 Millionen Reichsmark eingespielt. Goebbels selbst war mit dem Verlauf der Jubiläumssendung zufrieden, wie sein Tagebucheintrag belegt: „50. Wunschkonzert. Eine ganz große Sache. Ich spreche

kurz. Mit großem Beifall. Dank an den Rundfunk und seine Männer ... Ein voller Erfolg. Und das ganze Volk, Front und Heimat, sitzt am Lautsprecher. Ich bin zufrieden mit dieser großartigen Leistung.“ Einen ebenso besonderen Stellenwert in Gestaltung und Berichterstattung hatte auch die Übertragung der 75. Sendung am 25. Mai 1941. Bis dahin waren rund 15,5 Millionen Reichsmark an Sach- und Geldspenden einge-

gangen. Nach der Sommerpause sollte die Sendung fortgesetzt werden, doch zu einer Wiederaufnahme kam es nicht, vielmehr hieß es dann im Mai 1942: „Die Bezeichnung Wunschkonzert sowie Sendeformen, die dem Wunschkonzert gleichen oder ähneln, sind untersagt.“ Begründet wurde die Einstellung des erfolgreichen „Wunschkonzerts“ nicht, und so lassen sich nur Mutmaßungen anstellen: Die Belastungen des Kriegsalltags erschwerten die Live-Veranstaltung. Mitwirkende Künstler wurden zur Truppenbetreuung entsandt, weniger prominente Darsteller wie auch Orchestermitglieder zur Wehrmacht eingezogen. Ausländische Gäste blieben nun solchen Veranstaltungen fern. *Jörg Koch*

Der Verfasser dieses Beitrags ist Autor der 2006 in Graz zu diesem Thema erschienenen Monografie „Wunschkonzert. Unterhaltungsmusik und Propaganda im Rundfunk des Dritten Reichs“.



MELDUNGEN

Von Bremen nach Allenstein

Allenstein/Bremen – Ab Ende Oktober bietet die ungarische Fluggesellschaft Wizz Air zweimal wöchentlich, jeweils mittwochs und sonntags, die Flugverbindung Bremen–Allenstein an. Die Maschinen gehen um 16.55 Uhr von Bremen ab und erreichen Allenstein um 18.30 Uhr. Umgekehrt starten die Maschinen um 19 Uhr in Allenstein und landen um 20.40 Uhr in Bremen. Die Reisezeit beträgt eine Stunde, 35 Minuten. Der Ticketpreis liegt laut Wizz Air zwischen 9,99 und 19,99 Euro. *MRK*

Rudnikow freigesprochen

Königsberg/St. Petersburg – Das St. Petersburger Stadtgericht hat dem Königsberger Journalisten Igor Rudnikow, der 19 Monate wegen des Vorwurfs der Erpressung und der Verbreitung von Falschgeld in Untersuchungshaft saß, Recht gegeben. Er war beschuldigt worden, von Viktor Ledenjow, dem General des Ermittlungskomitees, 50.000 US-Dollar dafür verlangt zu haben, dass er keine Enthüllung über ihn in seinem Online-Journal „Nowye Koljossa“ schreibe. Der General stellte Rudnikow eine Falle: Er schob dem Journalisten gefälschte Dollarnoten unter, um ihn dann vom Inlandsgeheimdienst FSB verhaften zu lassen (siehe PAZ Nr. 25). Nach Bürgerprotesten entließ das St. Petersburger Stadtgericht Rudnikow im Juni frei. Nun entschied das Gericht, dass keine Erpressung bei den Handlungen des Angeklagten vorliege, und sprach ihn frei. *E.D.*

80 Jahre ist es her, da starteten in Allenstein neue öffentliche Transportmittel – die Trolleybusse. 30 Jahre später wurden sie wieder abgeschafft. Über ihre Geschichte gibt es jetzt eine Ausstellung im neu eröffneten zweiten Teil des Museums der Moderne, dem frisch renovierten Depot für die Oberleitungsbusse (O-Busse) aus dem Jahr 1942.

Nach der Einstellung der sogenannten Trolleybuslinien in Allenstein mit der letzten Fahrt am 31. Juli 1971 und der Straßenbahnen einige Jahre zuvor wurden die Depots für die Fahrzeuge überflüssig. Das eine Depot an der Gartenstraße [ulica Knosaly] ist jetzt das Straßenverkehrsamt der Stadt Allenstein, das zweite direkt dahinter liegende Gebäude verfiel mit den Jahren. Jetzt wurde es unter anderem mit Mitteln der Europäischen Union entkernt, einige im Laufe der Zeit angebaute Räume abgerissen und der zentrale Bau renoviert. Daraus wurde eine Ausstellungshalle als Erweiterung des daneben befindlichen Museums der Moderne des Städtischen Kulturzentrums im früheren Sägewerk der Gebrüder Raphaelson, die Anfang Juli eröffnet wurde.

Die Rettung des Depots ist einer Initiative der Bürger der Stadt Allenstein und den Aktivitäten der Stadtverwaltung im Viertel an der Schleife der Alle zu verdanken. „Man sieht einmal mehr – nach der Rettung des früheren Sägewerks, – dass sich ein Einsatz für das kulturelle Erbe lohnt“, freut sich Rafał Betkowski vom Museum der Moderne über das zweite Gebäude der Einrichtung. Er und sein Kollege Artur Sobieła haben zur Eröffnung und passend zur früheren Nutzung der Halle

O-Busse im Museum der Moderne

Neue Ausstellung im ehemaligen Allensteiner Bus-Depot eröffnet



Als Museum zu neuem Leben erweckt: Ehemaliges O-Bus-Depot in Allenstein

Bild: U.H.

eine Ausstellung über die Geschichte der O-Busse und ihre Zeit in Allenstein gestaltet. Auch das ehemalige Sägewerk sei bereits mit den Trolleybussen verbunden gewesen, so Betkowski: „Es gibt hier Spuren von Geräten zur Reparatur der Fahrzeuge, und zwischen den Gebäuden stehen noch zwei Masten für die Oberleitung.“ Weitere Masten als Reste des Systems der O-Busse sind beim Jakobsfriedhof direkt hinter der Überführung über die Eisenbahn am Beginn der heutigen ulica Wojska Polskiego (früher Adolf-Hitler-Allee) zu finden.

Das erste Kapitel der Ausstellung widmet sich den Anfängen der Trolleybusse. Bereits vor dem ersten modernen Auto, im Jahr 1882, war ein solches Fahrzeug in

Berlin unterwegs, das von Werner von Siemens entwickelt worden war. Wegen der damaligen Straßenverhältnisse und der stähler-

Deutsche Busse blieben erhalten

nen Reifen der Wagen sprangen häufig die Halterungen von der Oberleitung. Praktisch anwendbar wurden die O-Busse erst nach dem Ersten Weltkrieg mit glatten Straßenbelägen, pneumatischen Reifen und der Übernahme der Aufhängung der Straßenbahnen, durch die die Fahrzeuge viel beweglicher wurden.

Breslau startete sein System 1912, Posen folgte 1930. „Die Po-

sener Busse waren in England gebaut, aus Holz konstruiert und sahen ein wenig Booten ähnlich“, beschreibt Betkowski die damaligen Trolleybusse.

Allenstein war 1939 die dritte Stadt in den heutigen polnischen Grenzen, die im öffentlichen Nahverkehr O-Busse einsetzte. Der erste Bus der Linie 2 vom Bahnhof über die Kleebergerstraße und den Langemarckplatz zur Masurensiedlung fuhr am 1. September 1939, etwa 14 Tage später folgte die Linie 1 vom Verkehrsknotenpunkt Langemarckplatz über die Hohensteiner und die Richthofenstraße zur Kaserne an der heutigen ulica Warszawska. Die Linie 3 ersetzte im Jahr 1943 die Straßenbahn vom Rathaus in Richtung Jakobsberg. Gefahren

wurden die Fahrzeuge bis zur Einstellung des Betriebs am 22. Januar 1945 wegen des Zweiten Weltkriegs von Frauen, aber auch nach der Wiederaufnahme des Trolleybusverkehrs am 10. Dezember 1946 waren viele Frauen als Fahrer beschäftigt. Die deutschen Busse selber hatten beim Einmarsch der Roten Armee nicht gelitten, auch nach 1945 fuhren Fahrzeuge von Büssing und NAG, Siemens und MAN auf den Straßen der Stadt. Erst ab 1958 wurden Trolleybusse von Škoda eingeführt.

„Die Trolleybusse wurden später reaktiviert als die Straßenbahnen“, erklärt Artur Sobieła, „es war eben einfacher, eine Oberleitung zu reparieren als zwei. Dann orientierte sich die Planung bei den ersten beiden Linien an der deutschen Linienführung.“ Neu waren die Linie 3 von Zatorze nach Kortau [Kortowo] und die Linie 4 von der Masurensiedlung nach Zatorze. Mit der Zeit litten die Fahrzeuge Altersschwäche, fallende Bügel und andere Havarien führten zu Verspätungen und Überfüllungen der Trolleybusse. Die Fahrgäste hatten eine zunehmend schlechtere Meinung von ihnen, und 1969 folgte die Stadt Allenstein der allgemeinen europäischen Strömung der Umstellung auf Autobusse. Der letzte Trolleybus fuhr am 31. Juli 1971. Pläne zur Wiederaufnahme ihres Betriebs in den Jahren 1981 – und mit westlicher Unterstützung 1996 – scheiterten. Überlebt haben die Trolleybusse in Polen nur in Gdingen, Lublin und Tichau. Ihre Depots in Allenstein sind erhalten geblieben und jetzt kehrten sie zumindest als Ausstellung wieder dorthin zurück. *Uwe Hahnkamp*

Cranz hat eine städtische Katzenbeauftragte

Weil Russen E.T.A. Hoffmanns Kater Murr lieben: Die Verehrung der Vierbeiner kommt auf vielfältige Art zum Ausdruck

Mit Recht kann man Cranz als Hauptstadt der Katzen im Königsberger Gebiet bezeichnen. Katzen haben einen Ehrenplatz im Leben des Kurorts.

Vor einem Jahr hat die Cranzer Stadtverwaltung den Posten eines Katzenbeauftragten eingerichtet, den die Tierschützerin Swetlana Logunowa übernommen hat. Im vergangenen Jahr wurden zahlreiche Berichte in russischen und ausländischen Medien über die „Katzenchefin“ veröffentlicht. Zu ihren Aufgaben gehört es, die freilaufenden Katzen der Stadt zu füttern und zu pflegen. Zu erkennen ist sie an einer bestickten grünen Jacke.

Wenn die Vierbeiner die Frau auf ihrem Fahrrad sehen, sammeln sie sich sofort und rennen ihr nach. Die Tierschützerin arbeitet nach einem festen Zeitplan: Sie füttert die Tiere abends und morgens. Die Vierbeiner haben sich bereits an den Tagesablauf gewöhnt.

Vor Kurzem gewann das Cranzer Projekt „Katzenchef oder der KATZEGORISCHE Imperativ von Sele-

nogradsk“ den II. Internationalen Wettbewerb „Golden Resorts“ für Videoprojekte der Kurorte Eurasiens. Die Teilnehmer aus Cranz erhielten „Gold“ in der Nominierung „Kurort-Ereignisse“. Die Konkurrenten kamen von der Krim, aus Krasnodar, dem Kreis Stawropol, dem Pensker Gebiet und dem Kurort Abrau-Djurso. Die Jury erkor jedoch Cranz zur Siegerin. Für das Cranzer Projekt interessiert sich auch FilmAT Poland. Das FilmAT-Festival ist polnisches Mitglied des Internationalen Komitees der Tourismusfestivals CIFFT (Committee of Tourism Film Festivals), das seit 1989 touristische Werbefilme veröffentlicht. CIFFT veranstaltet separate nationale und internationale Filmwettbewerbe.

Über die Cranzer Katzenbeauftragte berichteten auch schon die Agentur Reuters und die „Washington Post“. Und der vom australischen Fernsehen veröffentlichte Videoclip über die Cranzer Katzenchefin erzielte mehrere Millionen Aufrufe und zehntausende Reposts im Internet.



Große Freude für alle Kinder: Katzen hautnah beim Fressen zusehen im eigens dafür gebauten Katzhäuschen in der Cranzer Innenstadt

Bild: J.T.

Dank des umgesetzten Projekts ist Cranz als Kurort in vielen Ländern bekannt geworden.

Insgesamt wurde Katzen in Cranz nicht zum ersten Mal große Aufmerksamkeit gewidmet. Vor einigen Jahren eröffnete unter dem Namen „Murrarium“ –

in Anlehnung an E.T.A. Hoffmanns Märchenfigur – im Wasserturm ein Katzenmuseum. Dieses fast 40 Meter hohe Gebäude wurde 1905 im Stil des historischen Eklektizismus erbaut. Die Restaurierung des Turms hat zehn Jahre gedauert.

Alle historischen Elemente des Gebäudes wurden rekonstruiert und eine ständige Ausstellung von privaten Katzensammlungen eröffnet. Hier kann man Schmuck, Souvenirs und allerlei Utensilien in Form von Katzen finden.

Außerdem wurde im Zentrum eine ungewöhnliche Katzenskulptur aufgestellt. Es handelt sich um ein lächelndes Tier, das auf einer Fensterbank sitzt. Am Fuß des Denkmals befindet sich eine Flunder – ein Symbol für Cranz. Die Skulptur dreht sich um ihre Achse, sodass man sie als Karussell nutzen kann. Katzen sind in Cranz allgegenwärtig: Ihre Bilder schauen auf Passanten von den Häuserfassaden. Man trifft überall Skulpturen an. Katzenfiguren sind auf Laternenpfählen, Dächern sowie inmitten von Baumkronen zu finden. In der Fußgängerzone im Zentrum ist ein Automat mit Katzenfutter aufgestellt, an dem man Leckerlies für die Vierbeiner kaufen kann. Das Füttern der Tiere ist nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht. Man muss sie nicht lange suchen. Sie leben ganz in der Nähe in speziellen Katzhäuschen. Besucher fahren jetzt nicht nur wegen der Meereswellen und der goldenen Strände nach Cranz, sondern auch wegen der zahmen Stadtkatzen. *Jurij Tschernyschew*

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung von Seite 15



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Totengedenken

Junge Einwohner der Stadt hatten den Tilsiter Toten letzte Ehre erwiesen - Welch' ein Symbol! Ende dieses Monats, am 28. August, jährt sich zum fünften Mal die Einweihung der Gedenkstätte für die Toten der Stadt Tilsit, die direkt an den 70. Gedenktag des schwersten sowjetischen Luftangriffs erinnert. Die Gedenkstätte befindet sich auf dem ehemaligen Brack'schen Friedhof, Ballgardenstraße, nahe dem Schlossmühlenteich, heutige ul. Suvorova. Er ist einer der früher zehn verschiedenen Friedhöfe der verschiedensten Glaubensgemeinschaften und Handwerker-Innungen. Auf dem Areal des ehemaligen Brack'schen Friedhofes, in einer anmutigen Parklichtung, hatten junge Einwohner ein schlichtes Holzkreuz errichtet. Die Stadtverwaltung erinnert mit einer marmornen Gedenktafel an die einstigen Friedhöfe und die vielen deutschen Tilsiter, die dort in heimatlicher Erde ihre letzte Ruhe fanden.

Hans Dzieran und Siegfried Dannath-Grabs, die damals anlässlich des Stadtfestes 2014 in Tilsit weilten, gedachten an der gerade erst entstandenen Ruhestätte der toten Tilsiter und legten in stillem Gedenken einen Kranz der Stadtgemeinschaft Tilsit nieder. Sie sprachen der Ex-Stadtpäsidentin und Geschäftsführerin von „Einiges Rußland“ Jelena Sokolova und ihrer Jugendgruppe „Molodaja Gwardia“ Dank und Anerkennung aus.

Tierisch gut: Der neue Ostpreußenkalender für 2020

Der neue Ostpreußenkalender „Ostpreußen und seine Maler“ für das Jahr 2020 kann noch bis zum 30. September zum Vorzugspreis von 21,50 Euro, danach für 23,70 Euro bestellt werden. Er enthält für jeden Monat ein Kalenderblatt mit großem Motiv aus der ostpreußischen Jagdmalerei. Rechts daneben ist ein schmales Kalendarium abgedruckt, aus dem der jeweilige Monat, das Jahr und die entsprechenden Wochentage hervorgehen, wobei Sonn- und Feiertage in einem kräftigen Rot leuchten, regionale Feiertage sind in einem blassen Rot gehalten.



Das Wappentier Ostpreußens: Ernst Bischoff-Culms „Elchhaupt“

Bild: typeart

Die Motive zeigen Vögel, Wildschweine, Elche und anderes Wild in der schönen ostpreußischen Landschaft durchs ganze Jahr. Künstler wie Ernst Bischoff-Culm, Reinhold Feussner, Alexander Kolde und Gerhard Löbenberg sind in diesem Kalender unter vielen andern Malern dabei.

Der Kalender erscheint in dem Format 50 mal 35 Zentimeter und kann bestellt werden bei typeart satz&grafik GmbH, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231) 557378-0, per Telefax (0231) 557378-20 oder per E-Mail: info@typeart-dortmund.de

sachsen“, 16 Uhr: Ende der Feierstunde / Ausklang des Jahrestreffens.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatomuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Stadtfest

Pr. Eylau – Wochenende 7. und 8. September: Stadtfest.



PREUSSISCH HOLLAND

Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster.

Hauptkrestreffen

Itzehoe – Sonnabend, 14., bis Sonntag, 15. September, Ständesaal des Historischen Rathauses und Hotel Schwarz, Itzehoe: Hauptkrestreffen.

www.preussische-allgemeine.de

Stadtfest

Die Inschrift auf dem Kreuz der Ruhstätte heißt in deutscher Übersetzung: „Segne und Bewahre“. Auf der Gedenktafel ist einmeißelt: „Zur Erinnerung an alle Tilsiter Einwohner, die auf nicht mehr erhaltenen Stadtfriedhöfen beigesetzt sind.“

Unter diesen zehn Friedhöfen gab es bis 1945 auch den Brack'schen Friedhof, der der Fleischer- und Schuhmacher-Innung gehörte. Auch Prediger der Baptisten-gemeinschaft, deren Haus in der Ballgardenstraße 11 lag, sind dort beerdigt. Ihre Namen sind: Klempe, Albrocht, Faltin und Böhme. Und auf diesem Friedhof fand der Vater des (ersten deutschen) Ehrenbürgers der Stadt Tilsit nach 1946, Horst Mertineit, langjähriger Vorsitzender der Stadt-gemeinschaft Tilsit, seine letzte Ruhe. Günter H. Hertel

Die diesjährige Delegation der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. zum Stadtfest der Stadt Tilsit vom 6. bis 8. September wird Gelegenheit haben, die Gedenkstätte zu besuchen. Sie wird in stiller Verbundenheit auch mit den Königsberger Opfern des entsetzlichen Bombenangriffs der Britischen Royal Airforce am 26./27. und 29./30. August 1944 sein, zu deren nunmehr 75-jährigen Gedenken ein beeindruckendes Programm angekündigt ist: Am 30. August wird der Vorsitzende der Gesellschaft der „Freunde Kants und Königsbergs e.V.“, Gerd Horst, aus seinem Buch „Die Zerstörung Königsbergs – Eine Streitschrift“, OEZ-Verlag 2014, in der Alten Börse in Königsberg lesen.

Am selben Tag wird mit einer feierlichen Prozession unter dem Motto „Terrain des Friedens – Terrain der Musik – die Stadt ist nicht schuldig“ ein Großgemälde der russischen Künstlerin Natella Toidze dem Königsberger Dom übergeben werden. Mit Werken berühmter Komponisten (Johann S. Bach, Ludwig v. Beethoven und Franz Liszt, G. Purcell, E. Elgar, B. Britten sowie M. Mussorgski und M. Tariverdiev) aus den drei damals agierenden Ländern erinnert der brillante, junge britische Pianist George Harliono an die Zerstörung der ostpreußischen Stadt und ihre Opfer – Welch' symbolische Verbindung! Günter H. Hertel

Veranstaltung

Hamburg – Treffpunkt Fraktion #derHeimatWert. Pioniergeist der Vertriebenen und Aussiedler – Zukunftsfrage für unser Land? Sonntag, 8. September, Hochschule der Hamburger Wirtschaft, Adolphsplatz 6, 20457 Hamburg, ab 14.30 Uhr. Eckhard Pöls MdB, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, lädt Sie ein, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Bitte melden Sie sich bis zum 6. September per E-Mail: ines.roehm@cducsu.de, unter Telefon (030) 22755364 oder per Fax (030) 22756154.

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Word search grid with various words hidden horizontally and vertically.

Grid for 'So ist's richtig' (Crossword) with clues in German.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 1-9 placed in some cells.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

6x6 Diagonal grid for a puzzle.

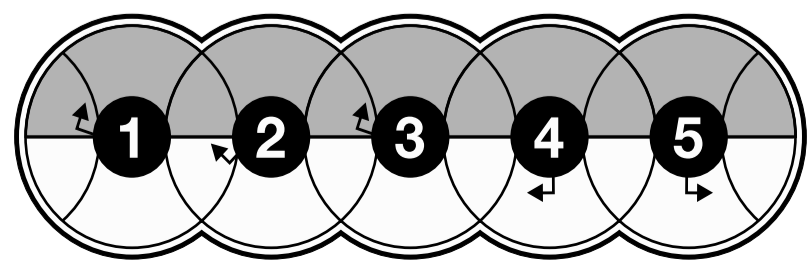
Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gemütsbewegungen.

- 1 seelischer Schock
2 Unterkante des Daches
3 Zeichenkunst
4 Lenkvorrichtung
5 Hahnenfußgewächs
6 Rennpferd

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeelfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine schwingende Membran im Ohr.



Gebhard Leberecht Fürst Blücher von Wahlstatt

„Marschall Vorwärts“ – in Pommern gab es bedeutende Spuren seines Lebens



Stolp in Pommern

Am Tage des 150-jährigen Bestehens des Husarenregiments Fürst Blücher von Wahlstatt Nr. 5, am 16. Dezember 1908, wurde vom Verein ehemaliger Blücherhusaren ein Standbild des Marschalls Blücher gestiftet, das an dem Tage unter Anwesenheit des Generals der Kavallerie von Mackensen auf dem Marktplatz enthüllt wurde. (Geschaffen von Professor Cuno von Uechtritz). BS

Gebhard Leberecht von Blücher ist in allen aktuellen Lexika aufgeführt, wird in zahlreichen Geschichtswerken zur napoleonischen Zeit behandelt und kann zudem auf eine umfangreiche Blücher-Literatur verweisen, die sich besonders zum 200. Todestag ausschließlich mit dem Leben, Wirken und der Bedeutung des Kriegshelden beschäftigt. Er erlangte im Befreiungskampf gegen Napoleon I. den Nimbus eines „Volkshelden“, wurde in den Fürstenstand erhoben und gehörte als Generalfeldmarschall und Oberbefehlshaber der preußischen Truppen zu den maßgeblichen Siegern der legendären Schlacht von Waterloo mit dem endgültigen Sieg über Napoleon I. Sein Wirken trug ihm den Beinamen „Marschall Vorwärts“ ein und eine große Nachwirkung, die bis heute reicht. Weit weniger bekannt ist allerdings, dass Preußens Kriegsheld eigentlich aus Mecklenburg stammte, wegen seines ausschweifenden Lebens als junger Offizier in Pommern einst vom Dienst suspendiert wurde und außer mit Mecklenburg und Pommern auch mit Ostfriesland engeren Kontakt hatte.

Blücher entstammte einer alten Adelsfamilie, die seit Ulrich von Blücher, einem Ministerialen, seit 1214 bei Boitzenburg an der Elbe nachgewiesen ist und sich im 14. Jahrhundert in zwei Linien teilte. Vater Christian Friedrich von Blücher gehörte zum Rosenower Familienzweig und ist als Gutsbesitzer und Rittmeister überliefert.

Die Mutter war eine Tochter von Hans Barthold von Zülow, Herr auf Pätrow und Toitenwinkel bei Rostock. Sohn Gebhard Leberecht wurde am 16. Dezember 1742 in Rostock geboren. Er wuchs über 15 Jahre in Rostock und den nahen elterlichen Gütern auf, besuchte die Rostocker Stadtschule und trat bei einem Aufenthalt bei seinem Schwager auf Rügen zusammen mit seinem Bruder 1758 als Junker in eine Husarenchwadron der schwedischen Armee ein. 1760 kam er in preußische Kriegsgefangenschaft, wo er in die preußische Armee wechselte und schnell zum Premierleutnant aufstieg. Nach dem Friedensschluss von 1762 verbrachte er sieben Jahre in den pommerschen Garnisonen von Stolp und Bütow. Er erlangte dabei mit seinem ausschweifenden Leben überregionale Bekanntheit. Seine Spielsucht, die ihn oft verschulden ließ, begleitete ihn auch später.

In der pommerschen Phase lernte Blücher auch Caroline von Mehling kennen. Ihr Vater war Oberst und besaß einige Güter. Pommern gedieh für den jungen Offizier zur ersten Zäsur. 1772 wurde er wegen seiner strittigen Lebensweise und einer dienstlichen Verfehlung von Friedrich dem Großen entgegen seiner Erwartungen nicht zum Schwadronchef erhoben. Auf diese Zurückstellung reagierte Blücher recht schroff und wenig untertänig. Das ließ sich König Friedrich II. nicht bieten: „Der Rittmeister von Blücher soll sich zum Teufel scheeren!“ Der aufmüpfige Offizier wurde im Januar 1773 aus dem Dienst entlassen. Das war es dann erst einmal mit der Offizierskarriere. Blücher heiratete danach in Pottlitz Caroline von Mehling und zog sich enttäuscht auf die vom Schwiegervater übernommenen Pachtvorwerke zurück. Sein Hochzeitsort Pottlitz, ein Besitztum seines Schwiegervaters, lag im Landkreis Flatow, das mit der ersten polni-

schen Teilung 1772 an Preußen gefallen war.

In Blüchers Besitz kam durch die Heirat eine größere Mitgift. Damit kaufte der entlassene Offizier das Rittergut Groß Raddow bei Labes

II. ließ sich nicht eweichen. Erst nach des Königs Tod und zahlreichen Bittschriften wurde Blücher 1787 vom neuen König Friedrich Wilhelm II. wieder in preußische Militärdienste übernommen. Der



„Marschall Vorwärts“, Gemälde von Emil Hünten, 1863

(Foto: Wikipedia)

im Landkreis Regenwalde in Hinterpommern, das heute den polnischen Namen Radowo Wielkie trägt. Der nunmehrige pommersche Landjunker Blücher brachte die Güter in die Gewinnzone, wurde Deputierter der Landschaftsdirektion in Stettin und fungierte zusätzlich als pommerscher Regionalpolitiker. Doch letztlich war er trotz der Erfolge mit seinem zivilen Landleben unzufrieden. Allein die Jagd und die Teilnahme in der Freimaurerloge in Stargard boten Abwechslung. Deshalb setzte Blücher spätestens ab 1785 alle Hebel in Bewegung, um seine Offizierskarriere fortzusetzen. Aber Friedrich



Preußenkönig ernannte ihn zum Major sowie Schwadronchef. Während der Kämpfe gegen das französische Revolutionsheer zeichnete sich Blücher als Kavallerieführer aus. Er legte nun so richtig los, offenbarte seine militärische Begabung und stieg zum Generalmajor auf. Mehr noch. Blücher residierte als Regimentskommandeur in Emden in Ostfriesland, wo er nach dem Tod seiner ersten Frau im Jahre 1791 im Verkehr mit Peter von Colomb in Aurich auch dessen Familie kennenlernte. Colomb, der einer bürgerlichen Hugenottenfamilie entstammte und im preußischen Staatsdienst aufgestiegen

war, fungierte in Aurich als Präsident der preußischen Kriegs- und Domänenkammer und galt über Jahrzehnte als die maßgebliche Schlüsselfigur Preußens für Ostfriesland. Für seine Verdienste um die Erneuerung der Region wurde er in den Adelsstand erhoben.

Blücher und Colomb verstanden sich wohl gut. Dazu kam die Zuneigung des Witwers zur Tochter, die allerdings 30 Jahre jünger war. Für den General war das kein Hindernis. Im Gegenteil. So kam es 1795 zur Heirat in Sandhorst, heute ein Ortsteil von Aurich, dem Verwaltungszentrum von Ostfriesland. Damit wurde die junge Frau von Blücher auch die Stiefmutter der Blücherkinder aus dessen erster Ehe. Mehr noch, Peter von Colomb, ihr Bruder, wurde in der Folge bei seiner Karriere als preußischer Offizier durch Blücher gefördert und brachte es später zum General der Kavallerie.

Nach Ostfriesland wurde Münster die nächste Hauptwirkungsstätte für Blücher, wo er ab 1803 als Gouverneur wirkte. Mehr noch. Er trat für eine Reform des preußischen Heeres und gegen die Prügelstrafe auf. Vergebens. Preußen schlitterte mit einer unfähigen Führung in die Niederlage vom Oktober 1806 gegen Frankreich. Blücher leistete im Unterschied zu den Versagern der Hofkamarilla auch nach Jena und Auerstedt noch über drei Wochen auf der Flucht Widerstand gegen Napoleon I. und gelangte über Havelberg und das neutrale Mecklenburg nach Lübeck, wo er schließlich kapitulierte. Nach einem halben Jahr in Gefangenschaft wurde er bei seiner Rückkehr nach Preußen 1807 zum Generalgouverneur der Provinz Pommern ernannt. Die Region war inzwischen seine zweite Heimat. Blücher gehörte hier in der Folge zu den Reformern, war ständig bereit zum Losschlagen gegen den französischen Usurpator und bekam zu Beginn der Befreiungskriege 1813 den Oberbefehl über die Schlesische Armee. An deren Spitze setzte er in den Schlachten bei Groß Górschen, bei Bautzen, an der Katzbach und vor allem in der Völkerschlacht bei Leipzig Akzente für die Befreiung Deutschlands. Damit gedieh er zum Mythos.

Der König beförderte ihn zum Generalfeldmarschall und nach

weiteren Siegen sowie dem Frieden von Paris als Fürst von Wahlstatt in den Fürstenstand. Aber der greise Haudegen, der sich nicht schonte, war mit seinen Kräften am Ende. Er legte den Oberbefehl nieder und zog sich zurück. Blücher war mit den Beschlüssen des Wiener Kongresses allerdings unzufrieden. Er erlebte die Rückkehr Napoleons I. von der Insel Elba und wurde sofort zum Oberbefehlshaber der preußischen Feldarmee ernannt, die unter seiner Führung den letzten Waffengang mit dem Kaiser austrug. Er war es, der den bedrängten englischen Befehlshaber Wellington bei Waterloo rettete, dessen Spruch in die Geschichte einging: „Ich wollte, es wäre Nacht und die Preußen kämen.“ Blücher kam gerade noch rechtzeitig und sorgte für den Sieg von Waterloo.

Der Marschall Vorwärts erhielt in Paris ein Eisernes Kreuz mit goldenen Strahlen, dann das Gut Krieblowitz mit einem repräsentativen Schloss in Schlesien und ein Haus am Pariser Platz in Berlin. Dazu wurde er Mitglied im Staatsrat. Die Berliner Universität und die englische Universität in Oxford erhoben ihn zum Dr.h.c. Auch England wusste um den Anteil Blüchers am Sieg von Waterloo bis dahin, dass George Stephenson eine seiner ersten Lokomotiven nach Blücher benannte.

Der greise Generalfeldmarschall hatte Großes geleistet, wurde mit Auszeichnungen vieler Länder überschüttet, galt als Volksheld und lebte nun abwechselnd in Karlsbad, Berlin und Krieblowitz, wo er am 12. September 1819 starb und in einem eigens dafür errichteten Mausoleum bestattet wurde. Diese Gruft erlitt aber 1945 nach der Besetzung durch die Rote Armee arge Beschädigungen. Dazu ist das Grab seitdem leer. Neben seiner jungen Frau, die ihn um 31 Jahre überlebte, hinterließ Blücher sieben Kinder, die aus seiner ersten Ehe stammten. In Rostock, Berlin sowie Breslau und Stolp entstanden repräsentative Denkmäler zu seinen Ehren. Deutschlandweit tragen Straßen, Plätze und auch Schiffe seinen Namen. Dazu sind einige Gemälde, die ihn im Porträt und als Schlachtenlenker darstellen, und seine Totenmaske überliefert.

Martin Stolzenau

Auszug aus dem Programm

Das Pommersche Landesmuseum, Rakower Straße 9, 17489 Greifswald • www.pommersches-landesmuseum.de

SONNABEND,
7. September 2019. – 20.00 Uhr
(Ticketvorverkauf:
Greifswald-Information, Rathaus/
Markt,)
Eintritt: 28 Euro,
ermäßigt 17 Euro

OPERNALE
Clanga pomarina. –
Die Schreiadleroper

Der klingvolle Name bezeichnet die Gattung einer stark bedrohten Vogelart, auch Pommernadler genannt. Ein Schreiadler namens Rainer wird zum Opernheld und erklärt das Geschehen aus der Vogelperspektive – mal frech, mal satirisch, mal traurig, mal lustig. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Musikstile: von der großen Opernaria über Jazz-Nummern und arabische Gesänge bis hin zum Schlager. Figurenspiel und Videoclips setzen weitere Akzente.

Der Opernale e.V. in Kooperation mit dem Pommerschen Landesmuseum und der Kulturreferentin für Pommern und Ostbrandenburg laden ein zur Dernierenvorstellung der OPERNALE 2019 mit anschließendem Umtrunk.

Clanga pomarina. Die Schreiadleroper

Auf der Seite www.opernale.de liest man:

Oper – elitär und zu teuer? Ein Vorurteil, das wir seit 2011 erfolgreich widerlegen. Professionelles Musiktheater braucht nicht unbedingt großes Orchester und Chor, dafür aber passgenaue Bearbeitungen bekannter Stücke oder die Schaffung neuer Werke mit inhaltlichem Bezug zur Region. Unsere großartigen Gesangs- und Instrumentalsolist*innen sind international agierende Künstler*innen, die sich in Vorpommern niedergelassen haben oder junge Talente,

die dabei sind, ihre Karriere zu starten. Das Zusammenspiel aller an unseren Musiktheaterproduktionen beteiligten Künstler*innen lässt stets ein Gesamtwerk auf hohem Niveau entstehen. Wir bringen unsere Inszenierungen an ungewöhnliche Veranstaltungsorte im ländlichen Raum. Ob Kirchen, Herrenhäuser, Scheunen, Gasthäuser oder Vereinsräume: Es ist der OPERNALE ein Anliegen, die vielen lokalen Kulturakteure in ihrem Bemühen zu unterstützen, neue Besucher zu gewinnen und Identifikation zu stiften. Einführungs- und Kinderveranstaltungen, geführte Spaziergänge, kulinarische Angebote verschiedenster Art sowie Lesungen, Podiumsdiskussionen, Publikumsgespräche, Nachtkonzerte und Kunstausstellungen gehören zum Gesamterlebnis OPERNALE Festival.

Sicher ein besonderes Erlebnis im Pommerschen Landesmuseum.



Ein Schreiadlerhorst in Estland (www.looduskalender.ee).

In PAZ Nr. 16 + 19/2019, Die Pommersche Zeitung finden Sie Artikel über den Schreiadler

SONNTAG,
8. September 2019. – 11.00 Uhr
Eintritt: 3,50 Euro

VORTRAG ZUM TAG DES OFFENEN DENKMALS®

Die Ausgrabungen im Jahre 2019 im Greifswalder Franziskanerkloster – von Totenkronen bis Kleingeld Renate Samariter (Landesarchäologie Mecklenburg-Vorpommern)

DONNERSTAG,
19. September 2019 – 17.00 Uhr
Eintritt: 5,00 Euro

KLOSTERGARTENFÜHRUNG

Der herbstliche Klostergarten Es ist Erntezeit im farbenfrohen Klostergarten. Wie Sie die wohltuende Wirkung der Kräuter auch im Winter nutzen können, verrät Ihnen Anett Stolte

Dänen feiern Versailles

Zu: Kaum einer ging leer aus (Nr. 26)

In diesen Tagen findet in Dänemark ein Volksfest 100. „Jubiläum“ der Grenzziehung zwischen Schleswig und Nordschleswig zur Abtrennung des Letzteren an Dänemark statt, eine skurrile, abartige und groteske Veranstaltung. Vorausgegangen war damals eine Volksabstimmung in Nord-schleswig unter dem Protektorat französischer Truppen und dem

Versailler Schanddiktat, trotzdem votierten in den fünf größten Städten die Wähler überwiegend für Deutsch in Nordschleswig. Gleich nach 1945 versuchte ein SPD-Abgeordneter, den Kreis Flensburg oder vielleicht auch Schleswig (das ist mir nicht innerlich) an Dänemark zu verschachern. Er wurde vom damaligen deutschnationalen SPD-Bundesvorsitzenden Kurt Schumacher zurückgepfiffen mit der Bemerkung, „keinen Quadratmeter

deutschen Bodens für Speckpakete aus Dänemark zu vertauschen“. In den folgenden Jahren wurde der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) gegründet. Man versuchte, vielleicht intern, mit Kolonnen von Mitgliedern mit dem Danebrog (der dänischen Fahne, d. Red.) durch die Städte Schleswig-Holsteins zu marschieren, um für die Eidergrenze Stimmung zu machen, was nicht gelang zu deren Ärger. Alfred Bendix, Segeberg

Offene Grenzen sorgen für Zitteranfalle

Zu: Zittern vor Angst (Nr. 27)

Innere Spannung, psychische oder physische Ursachen für die plötzlichen Schwächeanfalle der Kanzlerin? So etwas kann viele Ursachen haben. Aber auch Medikamente oder einfach ein Angstzustand. Bundeskanzlerin Angela Merkel steht im Gegenwind, schwimmt gegen den Strom mit einem Strom Einwanderer hinter sich, und nun macht ihr Körper nicht mehr mit.

Sie hat die Grenzen zwischen den Parteien verwischt. Linke jubeln über ihre Politik, und Parteieigene gehen zur AfD. Ist sie überhaupt Christdemokratin? Was ist sie überhaupt? Da, wo eigentlich Bedingungen geändert werden hätten müssen, um wirklichen Fachkräften unser Land schmackhafter zu machen, lässt sie Leute hier rein, die ausschließlich von uns profitieren, nicht aber wir von denen. Das ist so maßlos lieb und freundlich,

dass es dem ganzen Land Unglück bringt. Ein Mensch und ein Land müssen Grenzen setzen. Dem einzelnen Menschen tut es nicht gut, alles mit sich machen zu lassen, er kann dadurch Depressionen bekommen. Keine Grenzen zu haben, kann einen Menschen zerstören. Selbstschutz muss man lernen. Aber was ist mit einem ganzen Land voller Menschen? Dasselbe natürlich. Tonja Warnat, Hannover

DDR-Märchen

Zu: Stalinhörig im Kampf gegen die Sozialfaschisten (Nr. 33)

Ernst Thälmann wurde also nach Darstellung des PAZ-Artikels am 18. August 1944 in Buchenwald vom NS-Regime erschossen. Das ist eine DDR-Version, die einem bereits ab 1948 in den DDR-Schulen eingetrichtert wurde, die viele DDR-Schulklassen spätestens durch einen Pflichtbesuch des KZ Buchenwald als Tatsache vermittelt bekamen und die auch schon ewig in der alten BRD als historische Wahrheit verkauft wurde.

Ich möchte mich nur auf die Aussage der Augenzeugin Frau Breitscheid, die Witwe des mit Ernst Thälmann im Prominentenbau inhaftierten SPD-Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid, beschränken: „Thälmann ist zusammen mit meinem Mann und der hessischen Gräfin Mafalda bei einem Luftangriff auf die nahegelegenen Wilhelm-Gustloff-Werke im Splittergraben des KZ-Prominentenbaus am 24. August 1944 ums Leben gekommen.“ Frau Breitscheid selbst überlebte den anglo-amerikanischen Bombenangriff im Schutzgraben mit schweren Verletzungen.

Wer war denn nun der Mörder aus dem NS-Regime? Oder: Wer war der Bomberpilot? Letzte Frage muss ja wohl unbeantwortet bleiben, denn der Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Kleve führte am 19. März 1986 aus: „Kriegshandlungen von Mitgliedern ausländischer Streitkräfte ... können ... von deutschen Behörden nicht verfolgt werden.“

Ingo Schewiola, Hamm

Öko-Banausen

Zu: National-Grüner Totalitarismus (Nr. 23)

Der Beitrag von Eva Herman ist sehr gut. Ich möchte nur gerne einen Gedanken hinzufügen: Der Unterschied, ob man jetzt einen Sportwagen fährt oder nicht, ob man nun fünf Mal im Jahr in Urlaub fliegt oder nicht, ist gar nicht so groß wie oft angenommen: Gemeint ist ja die Verhältnismäßigkeit zwischen Sportwagen (100 Prozent schlecht) und kein Sportwagen (100 Prozent gut).

Um es zu verdeutlichen: Angenommen ein Mensch, beispielsweise ein Grüner, sitzt sein ganzes Leben still in einem völlig kahlen Raum auf einem einsamen Stuhl und bewegt sich nicht einmal. Schon just in diesem Moment ist jener Mensch eine absolute „Umweltsau“. Er hat das Licht an, denn er will ja sehen, er hat die Heizung an, denn er will ja nicht frieren, er nimmt Nahrung auf, um diese auch zu verdauen, denn er will ja nicht sterben, er hat auch Kleidung an, die garantiert in Indien gegerbt wurde, denn er will ja gut aussehen, er wäscht diese auch regelmäßig mit seiner Waschmaschine, er will sogar duschen, und das auch noch täglich, und vielleicht will er auf seinem Stuhl auch noch Zeitung lesen, die ganz furchtbar gebleicht wurde.

Jens Pauly, Düsseldorf



Eine Tat, die viele Menschen fassungslos gemacht hat: Nach dem von einem Ausländer begangenen Mord an einem Achtjährigen am Hauptbahnhof von Frankfurt am Main hielten sich Politiker mit Beileidsbekundungen auffallend zurück Bild: Imago images/Ralph Peters

Immer dieselben Sündenböcke

Zu: Importierte Gesundheitsprobleme (Nr. 31)

Nach der schrecklichen Tat am Hauptbahnhof von Frankfurt am Main, übrigens beileibe kein Einzelfall, da in Voerde vor wenigen Wochen eine 34-jährige Mutter ebenso getötet wurde und in Nürnberg derzeit zwei Migranten vor Gericht stehen, die zwei 16-jährige Deutsche vor eine S-Bahn stießen, habe ich bis dato vergebens auf Bekundungen von Frau Merkel, Herrn Steinmeier und ganz besonders auf Aussagen dazu des in letzter Zeit omnipräsenten Herrn Tauber gewartet. Anscheinend fehlt eine Möglichkeit, diese Morde auf irgend-

eine Art den sogenannten Rechten anzulasten? Wer oder wie ist eigentlich eine Person rechts? Ist es jeder, der eine andere Meinung hat, wie die derzeit Regierenden? Oder sind alle AfD-Wähler, die den Altparteien Stimmen abnehmen, Rechte? Und warum werden muslimische Angriffe auf Juden einfach „Rechten“ zugeordnet? Allen sogenannten Rechtsgerichteten möchte der Generalsekretär der CDU, Peter Tauber, ja gerne die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit oder auch Eigentum entziehen. Bundesinnenminister Horst Seehofer will es angeblich prüfen lassen. Leben wir eigentlich noch in

einer Demokratie, in welcher Oppositionellen Respekt und nicht nur unbegründet Hetze entgegengebracht wird, in der Menschen frei und ohne stigmatisiert zu werden, ihre Meinung kundtun können? Oder sind wir bereits weit auf dem Wege in eine Diktatur, in der abweichend Denkende nur noch bei Vertrauten flüstern dürfen? Das hatten wir schon einmal in Gesamt-Deutschland und vor nicht allzu langer Zeit noch in der DDR. Auf dem Papier wird uns Meinungsfreiheit zwar garantiert. Wer sie aber derzeit in Deutschland ausübt, lebt gefährlich. Da brennen Autos und Gartenhäuser, da

werden Hauswände beschmiert und Drohungen auf den Weg gebracht. Selbst vor Prügelattacken gibt es keine Hemmungen. „Homogene Berichterstattung ist der schleichende Tod der Demokratie“, sagte der Fernsehjournalist Fritz Pleitgen, „alle Berichte nur in eine Richtung, nicht selten mit der herrschenden Meinung in der Politik. Das ist bedenklich.“ Abschließend stelle ich mir die Frage, was ein Verschweigen der Nationalität von Verbrechern bringen soll. Dadurch wird beziehungsweise würde die Tat nicht ungeschehen und nur mit Spekulationen befeuert. Gerhard Schultheis, Steinau a. d. Straße

Lieber anderen die Schuld zuschieben, statt sich an die eigene Nase zu fassen

Zu: Fenster und Türen auf beim BdV! (Nr. 33) und zum Leserbrief: Darf deutschen Soldaten gedankt werden (Nr. 23)

Schön, dass es noch eine Vielzahl von Bürgern gibt, die in der Lage sind, Tatsachen historischer Abläufe aus der Zeit heraus zu betrachten, in der diese geschehen sind und damit auch vom Einzelnen in diesem politischen Zeitgeist heraus erlebt werden mussten. Tatsachen, die noch jederzeit nachlesbar sind, auch wenn diese dem heute bewusst gesteuerten „Mainstream“ widersprechen, der dabei nicht vor der Diffamierung und Beleidigung des Einzelnen zurückschreckt. Letzteres veranlasste mich, meine langjährige Mitgliedschaft im Volksbund Deutsche Kriegsgräber zu kündigen. Ein Besuch des Kriegsgräberfriedhofs in Golm vor zirka zwei Jahren gab hierzu den Ausschlag. So wird dort in einem neu errichteten Pavillon bereits eingangs dargestellt,

Deutschland habe Polen überfallen und widerrechtlich Warschau und andere polnische Dörfer bombardiert. In diesem Kontext wird damit jeder einzelne dort begrabene Deutsche zum Täter stilisiert, der ja sogenannte friedliebende Nationen überfallen und „widerrechtlich“ bombardiert hatte. Eigentlich trennt jede Nation seinen pflichtgemäß handelnden Soldaten von den jeweiligen politischen Entscheidungen. Nur der deutsche, gleichgültige Mainstream nicht. Aus welchen Gründen wurden wir eigentlich von den Alliierten befreit? Nicht zuletzt doch aus Gründen einer demokratischen, rechtstaatlichen und ethisch wert-

vollen Gesinnung heraus. Oder irre ich mich, da doch die Rechtsstaatlichkeit eine Kollektivschuld und Pauschalverurteilungen ausschließt? Dies entbindet dabei nicht, Täter ihrer gerechten Strafe zu überführen und die jeweilige Schuldfrage individuell abzuklären. Es ist richtig, die in diesen Friedhöfen Begrabenen sind Deutsche, aber in ihrer überwiegenden Mehrzahl nicht verantwortlich für einen sogenannten Überfall auf andere Nationen, zumal diese keinerlei Entscheidungsfreiheit hatten, Soldat zu werden oder nicht. Vielleicht noch ein kurzes Wort zu dem Leserbrief des schwäbischen Journalisten, der ja alle Deutschen als Jubelfreunde Hitlers sieht. Der Bruder meines Vaters war Jahre in sogenannter politischer Schutzhaft im KZ-Dachau – noch vor der Judenverfolgung – zusammen mit tausenden anderen Deutschen. Viele unserer Anverwandten liegen auf Kriegsgräberfriedhöfen begraben, die

1939 zum Kriegsdienst mit politischem Druck abgeholt worden waren. Im heutigen politischen Mainstream werden sie damit alle zu Schuldigen. Sie dürfen versichert sein, dass man aus diesem persönlichen Familienbezug heraus hellhörig wird, wenn sich ein gestuierter Mainstream manifestiert, der geschichtliche Tatsachen negiert und eine ganze Generation wie auch Nation pauschal diffamiert und nicht mehr in der Lage ist, die Würde und Ehre des Einzelnen zu beachten. Der Soldat handelt nach dem ihm von der Politik vorgegebenen Auftrag wie in jedem Land und auch in der deutschen Vergangenheit. Die Verantwortung in der heutigen Zeit für die Angriffskriege der Bundesrepublik liegen bei Merkel, Schröder, Steinmeier, Fischer, Trittin, Maas, um nur einige herauszugreifen. Warum ist man nicht in der Lage, die Kriege nach den Personen zu benennen, die diese auch zu verantworten haben

und nicht pauschal die Schuldfrage über ein gesamtes Volk zu stillen, nämlich das deutsche? Erklären alle diese Politiker in der deutschen Geschichte nicht ihrem Volk, dass diese Kriege erforderlich, angemessen und rechtmäßig seien, so wie Herr Maas und Frau Merkel? Vielleicht ein Arbeitsauftrag für den schwäbischen Journalisten: Moderne Kriege der NATO unter Beteiligung der Bundeswehr versus kodifiziertes Völkerrecht/Grundgesetz unter Beachtung der Nürnberger Prozesse. Im Übrigen, meine Briefe an den Volksbund blieben ohne Antwort. Das neue Leitbild hat Bestand. Georg Dufter, Alling

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de



Agnes Miegel
Alt-Königsberger
Geschichten
Zwischen Altstadt, Kneiphof
und Löbenicht
240 Seiten/Gebunden
Nr. P 533169 12,95 €

Agnes Miegel nimmt uns mit zu den geliebten Stätten ihrer Kindheit. In dreißigstündig meisterhaft geschriebenen Geschichten und drei Gedichten lässt sie die versunkene Welt ihrer Heimat in leuchtenden Farben kaleidoskopartig aufsteigen.



Agnes Miegel
Es war ein Land
Ostpreußen
Gedichte und Geschichten
224 Seiten/Gebunden
Nr. P 533194 12,95 €

Ostpreußische Landschaften, Städte und ihre Menschen im Jahres- und Lebenslauf werden in diesem Band liebevoll porträtiert. In berührender Sprache lässt uns Agnes Miegel an dem Jahreskreis der Feste, dem Lauf der Jahreszeiten mit ihren Besonderheiten, dem Alltagsleben und den Alltagsnöten von Alt und Jung teilnehmen.



Agnes Miegel
Wie Bernstein
leuchtet auf der
Lebenswaage
Gesammelte Balladen
Die Erneuerung der Balade war das Werk einer Zwanzigjährigen. Mit Ihren Imaginationen und Geschichten, ihren Balladen und Liedern wurde Agnes Miegel die Dichterin der Bernsteinküste und eine der angesehensten Dichterinnen Königsbergs und Ostpreußens. 264 Seiten/Gebunden
Nr. P 1798 12,95 €



Agnes Miegel
Spaziergänge einer
Ostpreußin
Gesammelte Gedichte
unserer Mutter
Ostpreußens
Von 1923 bis 1926 schrieb Agnes Miegel für die „Ostpreußische Zeitung“ die Serie „Spaziergänge einer Ostpreußin“. Insgesamt sind 44 Texte erschienen, von denen hier die schönsten und aufschlussreichsten versammelt sind. Sie lassen die untergegangene ostpreußische Welt wieder aufleben. 144 Seiten/Geb.
Nr. P 533128 12,95 €



Astrid von Menges (Hrsg.)
Orangen für Königsberg
Die dagebliebene Elvira Syroka erzählt
240 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533143 14,95 €

Über 65 Jahre ist es her, dass der letzte Flüchtlingstransport Königsberg verließ. Was aber geschah mit den Zurückgebliebenen? Wie lebten sie? Elvira Syroka erzählt ihre Erlebnisse stellvertretend für jene, die in ihrer alten Heimat geblieben sind.



Eva-Maria Sirowatka
Frühstück mit Herrn Schulrat
Heitere Erzählungen
Schmuzzelgeschichten aus Masuren mit Scherenschnitten
152 Seiten/Gebunden
Nr. P 1357 4,95 €



Charlotte Keyser
Von Häusern und Höfen
daheim klingt es nach
Geschichten aus dem
Stromland der Memel
136 Seiten/Gebunden
Nr. P 1367 4,95 €



Ernst Wiechert
Die Magd des Jürgen Doskocil - Roman
Der Fährmann Jürgen Doskocil lebt einsam und von der Gemeinschaft ausgegrenzt in einem Dorf im Memelland. Aufgrund seiner großen, hässlichen Gestalt und dem unehelichen Kind, das seine erste, verstorbene Frau von einem anderen gebar, wird er verspottet und von den Dorfkindern ausgelacht.



Ernst Wiechert
Die Majorin - Roman
Endlich heimgekehrt aus dem Ersten Weltkrieg, findet Michael Fahrenholz seinen Namen neben dem seiner Brüder auf der Gefallenen-Ehrentafel. Das spiegelt den Zustand seiner Seele wider: Durch den Krieg ist er verstört und zutiefst verbittert.



E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
Der große Ostpreußenroman
Else Stahl lässt die Landschaft Ostpreußens mit ihren dunklen Wäldern, kristallinen Seen, goldgelben Weizenfeldern und schimmernden Küsten zu neuem Leben erwachen und nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Zeit.

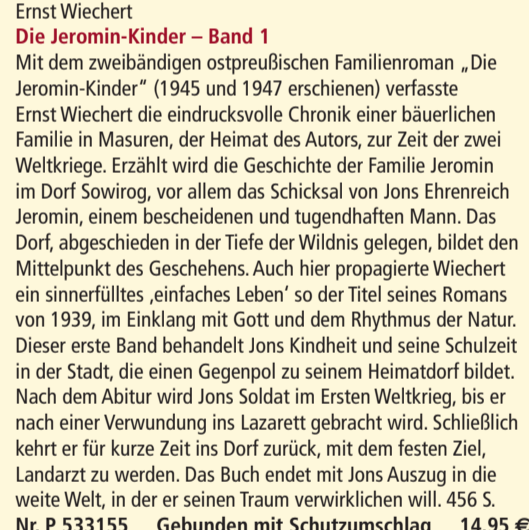


Silke Steinberg
Ostpreußische Schriftsteller
Erzählungen und Gedichte
Gebunden mit Schutzumschlag.
206 Seiten
Nr. P 5152 12,95 €

Erzählungen und Gedichte von Autoren, die in Ostpreußen geboren oder durch ihr Lebenswerk mit diesem Raum verbunden sind, sind in diesem Band versammelt. Damit diese interessanten Geschichten und Ansichten ostpreußischer Schriftsteller nicht verloren gehen, ist dieses Buch neu aufgelegt worden.



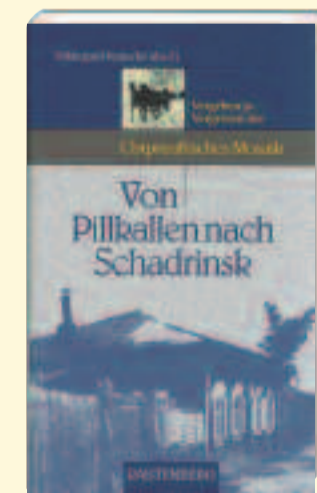
Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder
Band 1
Mit dem zweibändigen ostpreußischen Familienroman „Die Jeromin-Kinder“ (1945 und 1947 erschienen) verfasste Ernst Wiechert die eindrucksvolle Chronik einer bäuerlichen Familie in Masuren, der Heimat des Autors, zur Zeit der zwei Weltkriege.



Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder
Band II
Dieser zweite Band der „Jeromin-Kinder“ führt die Familienchronik der Jeromins und der zentralen Figur Jons Jeromin fort. Jons beginnt sein Medizinstudium, das er mit großem Ehrgeiz und Erfolg absolviert.



Hildegard Rauschenbach
Zuhause in Pillkallen
Dorfgeschichten erlebt in Ostpreußen
In diesem ersten Teil ihrer Autobiografie beschreibt Hildegard Rauschenbach das dörfliche Leben in Ostpreußen und die Zeit ihrer Kindheit und Jugend.



Hildegard Rauschenbach
Von Pillkallen nach
Schadrinsk
Vergehen ja, vergessen nie
In diesem zweiten Teil ihrer Autobiografie schildert die Autorin die bewegenden Umstände des Lagerlebens in Sibirien, das sie am eigenen Leib erfahren musste.



Hermann Sudermann
Die Reise nach Tilsit
und andere litauische Geschichten
Hermann Sudermann beschreibt in seinen vier „Litauischen Geschichten“ das Leben einfacher Menschen in der Memeliederung an der deutsch-litauischen Grenze.

Hermann Sudermann beschreibt in seinen vier „Litauischen Geschichten“ das Leben einfacher Menschen in der Memeliederung an der deutsch-litauischen Grenze. Selbst aus dem Memelland stammend, schildert er die ostpreußischen Schicksale auf spannende und zugleich ergreifende Weise.



Ernst Wiechert
Wälder und Menschen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten/Gebunden
Nr. P 533165 16,95 €

In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegene Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen.



Hildegard Rauschenbach
Marjellen wird Berliner
Heimkehr aus Sibirien und Neuanfang
In „Marjellen wird Berliner“ beschreibt Hildegard Rauschenbach eindrücklich und persönlich das Leben in Berlin von ihrer Rückkehr aus Sibirien im Jahr 1948 bis zum Fall der Mauer 1989.



Hildegard Rauschenbach
Koddrig und lustig
Ostpreußische Originale in einem Pungel
176 Seiten/Gebunden
Nr. P 1775 12,95 €

Jede Landschaft hat ihre Originale, und natürlich hat sie auch das alte Ostpreußen gehabt. Menschen von einmaliger Art, urwüchsig, mit einer besonderen Lebensart. Mit einigen solcher Originale, die in dem weiten Land zwischen Weichsel und Memel gelebt haben, macht dieses Buch bekannt.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben.
RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Table with 4 columns: Anzahl, Bestell-Nr., Titel, Preis €. Includes form fields for Vorname, Name, Straße/Nr., Telefon, PLZ/Ort, Datum, Unterschrift.

